

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/4, und durch Postboten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einseitige Bekanntmachung über einen Raum von 40 Zeilen, 25 Pfennige. Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pfennige. Besondere u. Besondere Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 51.

Breslau, Freitag, den 1. März 1912.

23. Jahrgang.

## Rudolstadt.

Man könnte sagen: Rudolstadt, das 940 Quadratkilometer groß ist und mit seinen 100.000 Einwohnern hinter vielen deutschen Städten zurücksteht, kann uns herzlich gleichgültig sein. In diesem Fürstentum von Taschenformat wird die Weltgeschichte nicht gemacht, und die politischen Kämpfe, die sich gegenwärtig dort zwischen der sozialdemokratischen Mehrheit und irgend einer ministeriellen Exzellenz von Serenissimi Gnaden abspielen, sie scheinen, verglichen mit dem übrigen großen Deutschland, ein Sturm im Glase Meer. Doch diese oberflächliche Betrachtung der Rudolstädter Verhältnisse ist zu bequem, als daß man sich mit ihr zufrieden geben könnte. Vielmehr müssen wir damit rechnen, daß wir mit der Erstarkung unserer Bewegung auch größere und bedeutendere Positionen erobern werden; und wenn unsere Rudolstädter Genossen auf vorgeschobenem Posten mit aller Kraft für die Rechte des Volkes kämpfen, so können wir aus ihrem Verhalten manches lernen, was auch auf größere politische Verhältnisse anwendbar ist.

Es war zu erwarten, daß die Rudolstädter Regierung den Willen des Volkes, der die sozialdemokratische Landtagsmehrheit geschaffen hat, mißachten würde. In dem Kopfe eines Bureaufürsten von preußisch-deutscher Prägung spiegelt sich die Welt so, daß nur derjenige etwas zu sagen hat, der durch Betörung oder durch kapitalistische Auswucherung zu Besitz und Würden gelangt ist. Die große Masse der Habenichtse hat sich ausbeuten zu lassen, darf Steuern zahlen und ihre Haut gegen den „Erbfeind“ zu Markte tragen; im übrigen aber muß sie das Maul halten. Vielleicht hätte ein moderner Staatsmann versucht, durch eine Taktik der Konzessionen die sozialdemokratische Mehrheit freundlich zu stimmen und für eine Politik des Fortwärtstums zu gewinnen. Ob ihm das geglückt wäre, steht auf einem anderen Blatte. Zwar wissen wir ganz genau, daß sich heute in solchem Ländchen, das mit allen Fasern seines wirtschaftlichen und politischen Lebens mit dem übrigen Deutschland verbunden ist, nicht unser sozialistisches Ziel verwirklichen läßt. Aber auch schon im Rahmen des kleinen Einzelstaates lassen sich wesentliche Reformen zugunsten des arbeitenden Volkes durchführen. Nicht allein „umhürzen“ wollen wir, nicht bloß alte, überlebte Zustände beseitigen, sondern vor allem aufbauen und die Entwicklung vorwärts treiben.

Doch wenn ein Minister von der Rede heißt, so kann man von ihm alles andere als politische Einsicht erwarten. So darf man sich auch nicht darüber verwundern, daß die Throntrede, mit der der Rudolstädter Landtag eröffnet wurde, keine Erweiterung, sondern eine Schmälerung der Volksrechte verheißt. Der Landtag besteht aus sechzehn Mitgliedern, von denen zwölf in allgemeiner Wahl, vier aber von den „Höchstbesteuerten“ gewählt werden. Bei der jüngsten Landtagswahl, im November 1911, waren im ganzen Lande in der allgemeinen Wählerklasse 17.558 und als Höchstbesteuerte 760 Wähler vorhanden. Höchstbesteuerte ist jeder, der mindestens 120 Mark direkte Staatssteuer im Jahre zahlt. Die Regierung verlangt jetzt, daß nur noch Höchstbesteuerte sein soll, wer mindestens 300 Mark zahlt. Dadurch würden in dieser gewaltig bevorrechteten Klasse nur etwa 160 Personen übrig bleiben. Bei der jüngsten Wahl kamen auf einen Abgeordneten in den allgemeinen Wahlen 1463 und bei den Höchstbesteuerten 190 Wähler. Die Höchstbesteuerten haben also ein über siebenmal größeres Wahlrecht als die Wähler der allgemeinen Wählerklasse. Die Regierung will nun 600 Höchstbesteuerten dieses Vorrecht nehmen und den 160 Reichsten im Lande ein 36 mal größeres Wahlrecht geben als den übrigen Wählern. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion sagt in einem Aufruf, mit dem sie sich jetzt an das Volk wendet, daß sich seit sechs Jahren die ganze Gesetzgebung des Landes nur noch um die Vorrechte dieser 160 Personen drehe. 18.000 andere erwachsene männliche Einwohner im Lande zählen gar nichts. „Die Regierung hat sich von Jahr zu Jahr mehr herabgewürdigt und steht nur noch im Dienste dieser „goldenen“ 160. Seit sechs Jahren leiden aus diesem Grunde alle Kulturaufgaben, es droht die ganze Gesetzgebung, von Jahr zu Jahr wird das Finanzwesen mehr zerrüttet. Trözig pfeift die Regierung auf all diese Zustände, sie fühlt sich berufen, gegen ein ganzes Volk und gegen das ganze Land nur für 160 Rechte weiterzutritteln.“

Die sozialdemokratische Fraktion hat nun einen Antrag eingereicht, der folgende Forderungen enthält:

1. Eine sofortige Reform des Einkommensteuergesetzes, die die Keinen Einkommen freiläßt, dagegen die Einkommen über 3000 Mark schärfer heranzieht.
2. Anstatt der 1910 geforderten Kapitalrentensteuer ist eine Vermögenssteuer einzuführen. Die Ertragssteuern sind zum Abbau der Grund-, Gebäu- und Gewerbesteuern zu verwenden.
3. Die Befoldung der Volksschullehrer ist vollständig auf die Staatskasse zu übernehmen. Der bisher von den Gemeinden getragene Teil ist entweder durch ein Umlageverfahren als Zuschlag auf alle Staatssteuern zu er-

heben, oder die Gemeinden haben nach ihrer Leistungsfähigkeit Beiträge aufzubringen.

4. Die Trennung von Staat und Kirche ist in der Weise durchzuführen, daß kirchliche und religiöse Gemeinschaften als private Vereinigungen zu betrachten sind, die ihre Angelegenheiten selbstständig regeln. Die bisher mit Geistlichen abgeschlossenen Verträge bleiben bestehen, neue dürfen jedoch nicht mehr von Staatswegen abgeschlossen werden.

5. Von der Staatsregierung wird erwartet, daß sie die Hofverwaltung veranlaßt, auf die im Jahre 1906 bewilligte Erhöhung der Kameralrente von 32.000 M. zur Hebung der Staatskasse zu verzichten.

6. Dem Landtage ist sobald als möglich der Entwurf einer neuen zeitgemäßen Gemeindeordnung vorzulegen. Für die Wahlen ist das Verhältniswahlrecht vorzuziehen.

7. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften, besonders zum Landtage, sind an einem Sonntag oder gleichfalls an Feiertag vorzunehmen. Für den Landtag soll ein neues Wahlgesetz geschaffen werden, das bei gleicher, geheimer und direkter Wahl auf dem Verhältnisssystem aufgebaut ist.

Das Programm, das in diesem Antrage entwickelt ist, hält sich also in sehr mäßigen Grenzen; es findet sich darin keine einzige Forderung, die auf den „Umsturz von Thron und Altar“ hinstreift. Der Minister von der Rede hat diesen Antrag entgegengenommen, seine Antwort aber noch nicht gegeben. Was aber auch kommen mag, wir stehen im zwanzigsten Jahrhundert, und die Zeit ist für immer vorbei, in der die getreuen Untertanen ohne zu mühen den Rücken drücken, damit eine hohe Obrigkeit auf ihm den Stock tanzen lassen konnte!

Jedenfalls zeigt aber das Vorgehen unserer Rudolstädter Genossen, daß sie ohne jede Provokation sich begnügen haben, das Mögliche und Erreichbare zu fordern, und daß sie deshalb — mögen immer Konflikte mit der Regierung kommen — Rückendeckung bei denen finden werden, die ihnen die Majorität im Landtage anvertrauen.

## Politische Uebersicht.

### Ist die Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei?

Gar zu gern argumentieren die Gegner der Arbeiterbewegung damit, daß auch die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion gar nicht die auserwählte Vertreterschaft einer Arbeiterpartei sei, die Reichstagsabgeordneten seien ja in der Mehrheit „angestellte Bekehr“. Jeder vernünftige Mensch wird einer solchen Methode, die sozialdemokratische deutsche Arbeiterpartei bei den Arbeitern selbst in Mißkredit zu bringen, mit Heiterkeit aus dem Wege gehen. Aber folgen wir doch einmal ausnahmsweise den Wegen unserer Gegner und stellen wir fest: Welchen Beruf haben die jetzt im Reichstag sitzenden 110, welche für Schulbildung stand ihnen auf ihrem Berufswege zur Verfügung?

Von unseren 110 Sozialdemokraten im Reichstage besuchten 67 die Volksschule, 12 die Bürgerschule, 5 die Realschule und 26 das Gymnasium. Studiert haben 24. Unter diesen ist einer — Dr. Quessel —, der erst die Volksschule besucht hat und das Uhrmacherhandwerk erlernte; später studierte er in der Schweiz Staatswissenschaften.

In der nachfolgenden Zusammenstellung sind die 110 Reichstagsabgeordneten neben ihrem erlernten und ausgeübten Berufe gemäß angeführt, die einzelnen Berufe sind so durch die rote Reichstagsfraktion folgendermaßen vertreten:

- |                      |                   |
|----------------------|-------------------|
| 17 Metallarbeiter,   | 1 Warrer          |
| 9 Holzarbeiter,      | 1 Offizier,       |
| 8 Rechtsanwält,      | 1 Bäcker,         |
| 8 Zigarrenarbeiter,  | 1 Optiker,        |
| 7 Schriftsteller,    | 1 Zöpfer,         |
| 6 Schuhmacher,       | 1 Bergarbeiter,   |
| 5 Schneider,         | 1 Glasarbeiter,   |
| 5 Lehrer,            | 1 Sattler,        |
| 4 Schriftsetzer,     | 1 Schneider,      |
| 4 Bauarbeiter,       | 1 Regierungs-     |
| 4 Redakteure,        | 1 Müller,         |
| 3 Buchdrucker,       | 1 Buchbinder,     |
| 3 Kaufleute,         | 1 Uhrmacher,      |
| 3 Textilarbeiter,    | 1 Eisenbeschmied, |
| 2 Transportarbeiter, | 1 Holzbildhauer,  |
| 2 Bureaugehilfen,    | 1 Müller,         |
| 1 Gärtner,           | 1 Metzger und     |
| 1 Lithograph,        | 1 Referendar.     |

Die Zusammenstellung zeigt, daß wohl kaum einer der üblichen Handwerksberufe unter den 110 Mann fehlt. Das selbe trifft für die ungelerten und die intellektuellen Berufe zu. Der ehemalige Warrer ist Genosse Göpre. Der ehemalige Offizier ist Genosse Bollmar. Er wurde als oberer Beamter des Reichsheeres (Feldbahn) schwer verwundet. Aber auch sonst sind die Militärverhältnisse den 110 Mann nicht unbekannt; nahezu die Hälfte diente im Reichsheere, kennt also die Verhältnisse aus erster Hand.

Alles in allem: die Zusammenstellung zeigt, daß auch unter den Gesichtspunkten unserer Gegner an der Zusammensetzung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage nichts auszusagen ist.

## Die Entscheidung vom 8. März.

Am 8. März, nicht am 13., wie es bisher hieß, wird nach dem Beschluß des Seniorenkonvents die endgültige Präsidentschaftswahl im Reichstage vorgenommen werden. Aber noch immer gibt es nichts Neues vom Kriegsschauplatz, vielmehr gilt an jedem Tage neu das tief sinnige Wort, das einst ein großes österreichisches Blatt in einer ähnlich verzwickten Situation geprägt hat: „Der Stand der Lage liegt auch heute noch so, wie er gestern stand.“

Grund: Die Nationalliberalen wissen noch immer nicht, was sie wollen.

Inzwischen hat die Berliner Präsidentschaftswahl in München ein interessantes Vorspiel gehabt. Dort hat das Zentrum sich in der Kammer unter rücksichtsloser Ausnutzung seiner bei den Wahlen geschwächten, aber immer noch vorhandenen Mehrheit ein ganz schwarzes Präsidium geschaffen und dadurch den Führer der Liberalen, Dr. Casselmann, zu folgendem Protest veranlaßt:

Wir klagen vor dem ganzen Lande die Zentrumspartei an, daß sie durch dieses Vorgehen den Willen an den Tag legt, unter rücksichtsloser Ausbeutung seiner Stärke und unter Mißbrauch der Mehrheit zu zeigen, daß sie nunmehr die Macht habe.

Diese Anklage des bayerischen liberalen Führers trifft indirekt aufs schwerste den Nationalliberalismus im deutschen Reichstag, der durch seine Stumpfheit und Zerknirschtheit das Stück Macht, das er hätte haben können, vollständig verpielt hat. Rücksichtslosigkeit wirkt nie sympathisch, aber sie imponiert. Der Nationalliberalismus kann keinem Menschen imponieren, weil er aus lauter Rücksichtslosigkeit zusammengesetzt ist und jeden Schritt in dem Augenblick, in dem er ihn tut, auch schon wieder bereut.

Im Reichstag bilden die schwarz-blauen Parteien nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit. Trotzdem ist der Nationalliberalismus drauf und dran, ihnen auch hier die Herrschaft über die parlamentarische Geschäftsführung auszuliefern. Zum Dank für die Fußstapfen, die er eben von ihnen in München erhielt, bietet er ihnen freudig in Berlin Krone undzepter an.

Es wird ein tolles Stück sein, wenn wir am 8. März zum schwarzen Kammerpräsidium in Bayern auch ein schwarz-blaues Präsidium im deutschen Reichstag bekommen. Unter dem bisherigen Vorsitz hat der Reichstag gut gearbeitet, ob er es auch unter konservativ-keritalem Leitungs können wird, ist noch sehr die Frage. Die 110 Mann starke sozialdemokratische Fraktion hat auf keinen Fall Lust, sich von einem Minderheitspräsidium schuriegeln zu lassen.

Ueber den bisherigen Gang der Verhandlungen unter den bürgerlichen Parteien verlautet, daß die Nationalliberalen es ablehnen, zwischen zwei schwarz-blauen Präsidentsenten eine Vizepräsidentenstelle anzunehmen, den Platz des ersten Präsidenten, den die Nationalliberalen hätten haben können, wenn sie sich zur Wahl bereitwären zum ersten Vizepräsidenten verpflichtet hätten, beanspruchen die Schwarz-Blauen aber auf alle Fälle für sich. Einigen Nationalliberalen Drahtziehern, die an der Bildung eines kerital-liberalen Präsidiums, unter Ausschluß der Sozialdemokraten und der Konservativen arbeiten, wird in der „Deutschen Tageszeitung“ geantwortet:

Sollten die Nationalliberalen wirklich auf der Ausschaltung der Konservativen aus dem Präsidium bestehen, so dürften die Verhandlungen zu keinem Ergebnisse führen. Es kann der drittstärksten Partei des Reichstages nicht zugemutet werden, daß sie sich ruhig ausschalten lasse.

Über der stärksten Partei des Reichstages, die über mehr als doppelt soviel Mandate und ungefähr viermal soviel Anhänger verfügt, wie die Konservativen, kann das zugemutet werden! Frecher kann sich die Ueberhebung des edlen Junfergeschlechts über eine simple Arbeiter- und Volkspartei nicht gebärden, als es hier geschieht!

## Preussische Notreform.

Die preussische Wahlrechtsfrage, die nicht ruht, solange sie nicht gelöst ist, wird in absehbarer Zeit das preussische Dreiklassenhaus von neuem beschäftigen. Anlaß dazu gibt ein fortschrittlicher Antrag, in dem die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gefordert wird. Dieser Antrag wird der Ablehnung verfallen, weil die nationalliberalen Verbündeten des Fortschritts für ihn nicht zu haben sind. Für diesen leicht vorauszu sehenden Fall hat aber die fortschrittliche Landtagsfraktion in ihrer letzten Sitzung die Einbringung eines Eventualantrages beschlossen, dessen Zweck es ist, vor den nächsten Landtagswahlen, die im Jahre 1913 stattfinden, wenigstens eine Notreform zustande zu bringen. Dieser Eventualantrag enthält nichts von der Forderung des gleichen Wahlrechts und einer Neuerteilung des Wahlkreise, sondern er beschränkt sich darauf, die Erziehung des öffentlichen, indirekten Wahlverfahrens durch das geheime, direkte zu verlangen.



Man kann im Zweifel darüber sein, ob es richtig ist, den Nationalliberalen gleich von vornherein durch einen solchen Eventualantrag eine goldene Brücke nach rückwärts zu bauen; noch mehr im Zweifel darüber, ob die Fortschrittspartei nach der beabsichtigten Einführung der direkten Geheimwahl den Kampf gegen das Dreiklassenstimmrecht mit der gebotenen Energie weiter fortführen wird. Einstweilen aber kann sich die Fortschrittspartei zur Rechtfertigung ihres Vorgehens auf die Erfahrungen berufen, die sie im Vorjahre mit ihrem Wahlrechtsantrage gemacht hat. Auch damals forderte sie, wie jetzt wieder, in ihrem Prinzipalantrag das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Die Nationalliberalen, die im preussischen Klassenhaufe noch viel reaktionärer sind als im deutschen Reichstage, beantragten, das Wort „gleich“ aus dem Antrage zu streichen. Die Konservativen widerlegten sich dem, und stimmten bei der Verabstimmung über den nationalliberalen Streichungsantrag für die Beibehaltung des gleichen Wahlrechts. Durch dieses schmutzige Manöver wurde eine getrennte Abstimmung über das geheime, direkte Wahlverfahren unmöglich gemacht, und der ganze Antrag fiel gegen eine starke konservativ-nationalliberale Mehrheit.

Dieser Vorgang hat dann dem preussischen Polizeiminister von Dallwitz erwünschten Anlaß gegeben, in der diesjährigen Etatsdebatte die objektiv wahrheitswidrige Behauptung aufzustellen, daß im Landtage eine Mehrheit für eine wie immer geartete Wahlreform nicht zu haben sei. Die Fortschrittler wollen jetzt, wie ihre Presse erklärt, den Gegenbeweis liefern, indem sie das Haus zwingen, in der Frage der direkten Geheimwahl Farbe zu bekennen. Die Nationalliberalen werden sich der Notwendigkeit, für den fortschrittlichen Eventualantrag zu stimmen, nicht entziehen können. Welche Kräfte aber das Zentrum anwenden wird, um eine positive Beschlußfassung abermals zu vereiteln, darauf darf man einigermaßen gespannt sein.

Vielleicht ist aber noch etwas anderes dazu gekommen, um die Fortschrittler zur Einbringung ihres Eventualantrages zu veranlassen. Seit einiger Zeit erzählt man sich in politisch unterrichteten Kreisen, daß die preussische Regierung selbst beabsichtigt, im nächsten Herbst eine Vorlage einzubringen, deren Inhalt dem des fortschrittlichen Eventualantrages ungefähr entspricht. Die gleichzeitigen Föderalreformen in Braunschweig und Anhalt scheinen diese Erzählung zu bestätigen. Außerdem ist ja die Abschaffung der indirekten Wahl von der Regierung selbst schon in ihrer Vorlage vom 4. Februar 1910 beantragt worden mit der Begründung, daß die indirekte Wahl sich u b e r l e b t habe. Zur Einführung des geheimen Wahlverfahrens, wenigstens bei den Wahlmännerwahlen, hat sich aber sogar auch die Rechte bereit erklärt.

Für die Sozialdemokratie wäre die Einführung der direkten Geheimwahl als eine winzige Abschlagszahlung unter Umständen akzeptabel, vorausgesetzt, daß diese Reform nicht etwa wieder, wie die Regierungsvorlage vor zwei Jahren, mit reaktionären Nebenbestimmungen belastet wird. Akzeptabel freilich auch nur unter der weiteren Voraussetzung, daß nach dem Fall jener Nutzenwerte des preussischen Wahlrechts, des indirekten und öffentlichen Verfahrens, der Sturm auf die Hauptfestung, das Klassenstimmrecht, mit verdoppelten Kräften aufgenommen wird. Von ihren grundsätzlichen Forderungen wird die Sozialdemokratie einer solchen wahrlich armseligen Modifikation zu Liebe keinen Augenblick auch nur das Geringste preisgeben.

Es ist schlimm genug, daß man in einer Absehung des Volkes mit so dürftigen Broden überhaupt noch etwas wie einen Fortschritt erblicken muß. Die Forderung der ganzen preussischen Wahlreform, anstatt der versuchten Mittel- und Modifikationsreform, ist längst reif und überreif. Wenn das Volk trotzdem auf die Erfüllung seines gerechten Verlangens noch immer warten muß, so trägt daran die Schuldheit des Zentrums scheid und das unentwegte Rückwärtsgeren der preussischen Nationalliberalen. Wir wissen aber längst, daß von diesen Parteien nichts zu erwarten ist, so lange sie nicht ein unwiderstehlicher Druck der Massen

verwärts treibt. Und diesen Massen auch zu erregen, zu versärfen, zu organisieren, ihn im richtigen Augenblick zur entscheidenden Aktion zusammenzufassen, das wird stets die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie im preussischen Wahlrechtskampfe bleiben. Denn mit dieser Taktik muß es und wird es vorwärts gehen — mit oder ohne preussische Reform!

### Sozialistendebate.

Seine großartige und grundsätzliche Erörterung der Sozialpolitik ist schließlich eine Debatte über den Sozialismus. Das ist heute völlig klar zum Ausdruck gekommen bei der Verhandlung über das Reichsamt des Innern, dessen erster Titel seit jeder die Gelegenheit zu umfassenden sozialpolitischen Diskussionen gibt. Genosse Wurm der als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion zu Wort kam, führte in seiner klar durchdachten und überzeugenden Rede unsere gesamten Forderungen an die Sozialpolitik auf die Grundanschauungen des Sozialismus zurück. „Alle Sozialreform stammt von der Sozialdemokratie“, das war der eigentliche Vortrag von dem er ausging und es gelang ihm den Beweis zu führen, daß die Sozialreform selbst zugleich mit der am weitesten entwickelten sozialdemokratischen Bewegung aus der kapitalistischen Entwicklung hervorgegangen ist. Das Streben der Arbeiterklasse, sich das Recht auf Leben zu erobern, ist der wirkliche Anfang sozialpolitischer Wirksamkeit. Und ebenso klar verständlich ist es, daß bis heute noch die wirklichen Förderer sozialpolitischer Arbeit in der Sozialdemokratie gesucht werden müssen, daß die anderen von Arbeiterklasse sprechen, ihn aber nach Möglichkeit zurückhalten versuchen. Die Sozialdemokratie, die so die eigentliche sozialpolitische Triebkraft darstellt, hat auch immer nur diejenigen Gegenstände zurückgewiesen, die gegenüber federleicht wiegenden Verbesserungen schwerere Verschlechterungen einschließen. Aber positive Arbeit hat sie immer zu leisten versucht. Genosse Wurm konnte unter dem Vorfall der Fraktion den lächerlichen Vorwurf zurückweisen, als habe die Sozialdemokratie jemals den unmöglichen Grundplan proklamiert: „Alles oder nichts“. Vielmehr zwingt uns unsere Erkenntnis zu der großen Lehre der Entwicklung zu einer allerdings möglichst bestmöglichen, aber immerhin allmählichen Eroberung sozialpolitischer Fortschritte. Auf die Wahrheit und Wirklichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung konnte sich unser Fraktionsredner berufen, wenn er für die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft von der herrschenden Klasse größere Zugeständnisse verlangte. Die Proletarisierung bisher selbständiger Existenzen, der Privatbeamten, der Staatsangestellten usw. zwingt zu einem zäheren Tempo. Die Anträge, die von unserer Fraktion eingebracht sind, und die unter Redner zum Schluß behandelte zeigen die Richtung, die wir bei der Fortführung der Sozialpolitik geben wollen. So war die ganze Rede eine wirklich sozialistische Darlegung sozialpolitischer Arbeit, und sie führte demnach die eigentliche Sozialistendebate in den Vordergrund der Diskussion.

Das zeigte sich schon bei den nachfolgenden Rednern, die auch bei engerer Aufmerksamkeit den Zusammenhang zwischen der großen zum Sozialismus treibenden wirtschaftlichen Entwicklung und der praktischen Sozialpolitik erkennen mußten. Ferner wurde abgelehnt die Wasserkaufdeute, die unter der Aufsicht der ganzen Hilflosigkeit der gegenwärtigen reaktionären Wirtschaftspolitik auf die nicht zukunftsgegen die Gewalt der Entwicklung und die es nicht hindern kann, daß der preussische Staat selber fortschreitende Tendenzen durch unmittelbare Beeinflussung der großen Industrie und Kartelle herbeiführt. Auch die Reden des konservativen Hdn. Pauli, der von Potsdam nach Hannover geschickt ist und des Reichsboten waren schließlich nur Versuche vor der Übermacht wirtschaftlicher Notwendigkeiten, die unaltbaren Prinzipien einer reaktionären Wirtschaftspolitik zu retten. Graf Posadowski, der als letzter Redner sprach, unternahm den Versuch, den Sozialismus selbst anzuerkennen. Aber der Erfolg seiner hertigen Rede, der keineswegs größer war, als in der allgemeinen Etatsdebatte, wird ihm wohl gezeigt haben, daß man mit wiederholten Annullitäten und wahlverleitenden Karrikaturen die notwendige Annäherung eines so riesigen Problems nicht erreichen kann. Nicht einmal rhetorisch war die Rede erfolgreich. Die zusammenfassendes mehr oder weniger abhorribile Bemerkungen über dies und jenes und allenthalben aneinanderreichte. Die Debatte über den Titel Staatsminister nimmt morgen ihren Fortgang.

Die Fortbildungsschule bildete fast allein den Gegenstand der Debatte in der Mittwochsung des Reichstages. Der konservative Mittelständler Vienneweg behauptete, daß der Abendunterricht an den Fortbildungsschulen das Nützlichste wäre, und daß nur die Verhütung, Widerpenstigkeit und Trägheit der Lehrlinge und die Halbschichtigkeit mancher Meister ihn verhindern. Genosse Liebknecht konnte mit Recht diese Forderung als einen Beweis unzulänglicher sozialpolitischer Rückständigkeit der Dreiklassenkommission bezeichnen, denn nicht nur die Schulmeister Schwed und Hinzmann von der bürgerlichen Linken, sondern auch der Handelsminister Sadows verwarfen

das Verlangen Viennewegs und verwarfen seine Begründung nicht minder. Genosse Liebknecht richtete unter schärfster Brandmarlung der Sozialistenbekämpfung der Kriegsveteranen „Küffhäuser-Korrespondenz“ an den Handelsminister die Anfrage, ob die Verbreitung dieses Papiers an den Fortbildungsschulen mit seinem Wissen geschehe. Herr Schwed, sonst lange nicht der Reaktionärste im Staatsministerium, antwortete mit einem lauten, vernünftigen „Ja“ und gewann damit den langentbehrten Beifall des Schatzkammerhofs. Hieran schloß sich eine hitzige Debatte, in der namentlich der Zentrumsmann Gronowitsch, offenbar ermuntert durch die Ministerrede, das Schicksal der Jugendverbesserung gegen die Sozialdemokratie schwang. Er hatte aber damit nur den Erfolg, vom Genossen Strick der Getreidezeit des Landes preisgegeben zu werden. Da dem Genossen Liebknecht die Befreiung des Gronowitschen Materials verweigert wurde, mußte er sie beim Titel „Fortbildungsschulen in Polen und Westpreußen“ vornehmen, wobei er vom Präsidenten immer wieder gezwungen wurde, alles unter dem Gesichtswinkel von Graubenz und Aristokratie zu besprechen, was recht heller war. Den Schluß bildete eine Stimmabstimmung des Finanzministeriums durch den Genossen Fr. Liebknecht. Da hatte das Dreiklassenhaus genug und wandte sich mit Grausen. Donnerstag Fortsetzung und direkte Steuern.

Der Wahlprüfungskommission des Reichstages liegen nicht weniger als 82 Wahlprotokolle vor. Die Kommission kam in ihrer Sitzung vom Dienstag dahin überein zunächst die Protokolle zu prüfen, bei denen es sich um verhältnismäßig wenig Stimmen bei der Entscheidung handelte. Die beanstandeten Mandate verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

Sozialdemokraten: Brandes, Dr. Cohn, Dr. Erdmann, Gaule, Haupt, Küttmann, Dr. Leusch, Reus, Wendel.

Zentrum: Anacker, Altor, Dr. Bester, Bruchhoff, Diez (Gonstang), Grawatz, Kohnmann, Kuchhoff, Sperlich, Thust Ealm, Warlo.

Konservative: v. Pichlerstein, v. Pollo, v. Porin, v. Breckow, v. Carmer (Osten), Graf Carmer (Helmwig), Dietrich, Frommer, v. Gräfe, v. Heydenrand, Höflich, Baron Ludwig, v. Kröcher, v. Müller, v. Neibel, v. Normann, Dr. Dertel, v. Dörmann, Graf Westphal, Graf Schwerin, v. Wied, v. Wiedemann, Graf Westphal, v. Winterfeldt.

Nationalliberal: v. Wassermann, Dr. Becker (Hessen), v. Dörmann, v. Jeller, v. Köhler, v. Lauer (Eisingen), Meyer (Perford), v. Wenzel (Gelle), Schwabach, Schulenburg.

Fortschrittliche Volkspartei: Dr. Blund, Kämpf, Koppich, Dr. Vachnide.

Reichspartei: Dr. Brendt, v. Galem, Dr. Decker, v. Liebert, Merzin, v. Lochen.

Polen: Dunajski, Selski, von Trampczynski, Kurzon.

Welfen: Alpers, Colshorn, v. Meding.

Wirtschaftliche Vereinigung: Dr. Burckhardt, Perzoo, v. Meyer, Dr. Werner (Wicken).

Antisemiten: Brühl.

Wilde: Graf v. Oberdorff.

Durch die Fraktionen soll veranlaßt werden, daß Anträge der Wahlprüfungskommission als schleunigste Anträge behandelt und daß die fertigestellten Berichte möglichst rasch auf die Tagesordnung des Plenums seien werden.

Die Verlegenheiten der Wachemiten. Die „Niederrheinische Volkszeitung“ und die ihr geistig verwandten Blätter schlagen und legen die Gegner der „Niederrheinischen“ vor jeden Tag mehrschickend, aber die Wachemiten erheben immer wieder ihr Haupt. Jetzt tritt ein ihrer Organe, die „Niederrheinische“, mit, daß am nächsten Dienstag wieder eine Konferenz stattfinden soll und von dieser Nachricht werden die Wachemiten wenig erbaudt sein. Im Geiste der Diensttagskonferenz, die vor einigen Jahren stattfand, wurden die Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Katholiken eigentlich zum ersten Male einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, und seit der Zeit hat es im Zentrum keine Ruhe mehr gegeben. Ein neuer Kongress der Oberdorff, Koeren, Bitter und Genossen kann die Schwerfälligkeit für die Partei nur vermehren, zumal, da nach der Versicherung der „Niederrheinischen“, manche von denen, die dem von ihr eingenommenen Standpunkte bisher abhold gewesen sind, sich neuerdings bekehrt haben. Die „Niederrheinische“ macht heute über ihre Gegner die folgenden liebenswürdigen Bemerkungen:

Die Herrschaften! Logik war nie ihre starke Seite. Wie sollen sie auch ihre Theorien, daß das Zentrum als solches nicht im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu bleiben brauche, anders als durch Wägen und Sophistereien zu halten suchen? Unwahrheiten kann man nur durch solche Mittel stützen, eine Zeitlang. Der Wachemismus ist bis jetzt die größte Lüge des Jahrhunderts auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens.

Dieses Thema werden die Besucher der Oberdienstagskonferenz weiter verfolgen, und da sie den ihrem Standpunkt am Ende nicht Unrecht haben, kann man es begreifen, daß es den „Niederrheinern“ trotz hoher erzbischöflicher Approbation ihrer Politik garnicht so wohl ist.

## Sturmflut.

Roman eines russischen Patriarchenlämperers von M. Arzbachew.

In Deutsche übertragen von K. D. O. L. S. E. S.

35]

Da er aber des Gesahrs heimlich entkommen war und nur daran dachte, dieses Geheimnis zu verwahren, blieb ihm nichts weiter übrig, als weiter zu lügen und ...

Dortin zu reisen, wo ihn niemand kenne. — So war der Zauberkreis fertig, in dem Sarniski sich drehte. Dabei stand er in seinem Zimmer am Fenster, und hätte nicht auf die helle, sonnige Straße, auf der wie abgipflichte Menschen gehen und gingen, sondern er hätte auf seine schön gewachsenen Füßchen.

Tanja trippelte in laubemem Kleide und ebensolcher Schürze, frisch und abrett, als hätte sie sich extra für ihn zurecht gemacht, mit ihren Absätzen durch das Zimmer und warnte geduldig, daß er sie beachte. Aber obgleich Sarniski sich unendlich höher fühlte als sie, war es ihm doch jetzt ganz unmöglich, ihr in die Augen zu sehen.

„Wenn sie nun alles weiß?“ fragte er sich lange. Er fühlte verächtlich und verzog die Lippen, führte aber gleichzeitig, daß dieses Räthsel ihn nicht mehr wie früher von den Menschen schied, die er für geringer hielt als sich. Schon der bloße Gedanke, das Mädchen könnte etwas von ihm wissen, gab ihr beinahe ein Recht darauf, und das war unentbehrlich. Sarniski nahm seinen Hut und Stiefel, zog seinen feinen Paletot an, in dem er noch größer und hübscher als sonst erschien, und trat auf die Straße.

Das helle Licht der Frühlingssonne blendete ihn und erleuchtete ihn gleichzeitig. Das dunkle Gesicht, das ihn bedrückt hatte, schmolz in ihrem Schine dahin. Der blaue Himmel, die Säulen von goldenen Sonnenstrahlen, die leicht, frühlingssmäßig geküßelt von hübschen, jungen Mädchen, die auf dem Trottoir dahinschlurften und ihn an die unendliche Mannigfaltigkeit aller Geschöpfe erinnerten, waren so schön und lebensvoll, daß sich ganz von selbst bei ihm erquickende Gedanken einstellten.

„Alles geht einmal vorüber, was auch kommen mag, das ganze Leben liegt noch vor uns.“

Er atmete erleichtert auf und freude die Brust heraus, wie er mit der gemäßigteren höheren Handbewegung einen Schritt und ließ sich zum Krantenhaus fahren.

Das Häutchen wich gleichsam zurück. Die Säuler und Menschen glänzten und blühten ihn an. Ihm wurde noch leichter, und die Zukunft erschien ihm ganz und garnicht mehr hoffnungslos.

Ergerlich war, daß er wegen der vorüberfahrenden Droschken das Gesicht der kleinen Blondine dort nicht sehen konnte, die ein so reizendes, keines Ohr, so hübsches, sprödes Haar hatte und sich im Gehen so ganz besondert hin und her bewegte, daß ihr Gesicht immerfort sein mußte. Dafür konnte er ziemlich lange die Bräune mit den wunderlichen schwarzen Augen beobachten, deren dunkles Haar und matter Teint sich so lebendig von dem bleichen Junger der offenen Pelzjacke abhoben.

„Da nenn' mir jemand eine andere Bezeichnung als „bergehende Mode“, dachte Sarniski unwillkürlich, und sah sich noch einmal nach dem jungen Mädchen um, das ihn geheimnisvoll und fast mit ihren wunderbaren Augen anblinzelte.

„Und diese Hüte!“ glitzten seine Augen mit zuckenden Lidern über die mit Stoff bedeckte, gewählte Frauenkrone hin, die sich herausfordernd hoch und fest, als Lodie und Äste sie die verbergehenden Männer. Ihre hübschen, kleinen Augen blühten ihn gerade an, und dann, als hätte sie seine geheimsten Gedanken erraten, zuckten auch ihre Augenlider.

Die Sonne leuchtete hell und die Erde schmolz gleichsam. Die Frühlingssonne erzeugte ein Gefühl der Zehnigkeit, das sich bis zur ausbreitenden Hölle steigerte, als wenn die wackelbaute, lötlige, ganz Gestalt eines jungen Mädchens erschien, in dessen Gesicht eine unsehenswerte Mischung eines unheimlichen, morgenernen Wählens und eines Weibes lag, das unter den Wägen der Männer schon in Erregung geriet.

„Reichien der Herr zum Haupteingang?“ wandte sich der Kaufherr um.

Und dann verschwand alles. Die Sonne schien nicht mehr, die Mädchen verschwanden, der Frühlingsschimmel verbunkelte sich, und in Sarniskis großem, häßlichem Körper zerrüß etwas und fiel zu Boden.

„Alles im Stich lassen, die Wohnung, das Geld, Tanja, alles — und fort wie ein Vogel ... Ihn doch frei. Brauche weder Freie noch Remittungen durchzumachen, bin ja frei.“

„Und dieser Gedanke zeigte ihm gleichsam die lustige Sommerzeit, die Freiheit!“

„Aber damit behält ich ja nur ihren Verdacht! Also was? Zum Teufel, bin ich denn nicht frei? Nein ... Ach, was, ganz egal, früher oder später muß man das durchmachen.“

Sarniski krümmte sich wie ein Kranker und antwortete dumpf:

„Zum Haupteingang.“

Der Sarniski in diesem Augenblicke sah, als er aus der Droschke stieg, hätte ihn für einen Geist gehalten, und wenn Sarniski sich selbst gesehen hätte, wäre er erschrocken.

Wie sich ihm der Portier die schwere Tür mit Meißingringen vor ihm auf; wie sich verknüpfte sich der alte Veteran achtungsvoll vor ihm; daßselbe taten alle Angestellten, Wärtlerinnen, Wärter, die ihm in Korridor begegneten, und die kläglichen, schmerzenden Krantengefallen, die bei jedem Schritt an der Wand entlang glitten, machten vor seiner kräftigen, moßigen Gestalt schmerzhaft Platz. Aber Sarniski war dies alles gleichgültig. Er sah ein, daß die Veränderung in ihm selbst vorgegangen sei und er sich erhebe. Es kam ihm vor, als wenn er in ganz ungewöhnlicher, aber allen herkömmlicher Weise an sich selbst zum Verräter geworden wäre. Das war krankhaft; er empfand die Unbestimmtheit und Schwäche, die ihn jetzt gefiern besaßen, noch stärker, und fühlte, wie sich sein ganzer Körper mit zähem Schweiß bedeckte, und er das Bewußtsein und die Herrschaft über sich selbst verlor.

„Wahrscheinlich bin ich krank“, dachte er ängstlich. Eine wirre Empfindung schob ihm plötzlich durch das Gehirn. Etwas Feuriges, Unfassbares, Charies eilte gleitend und sich windend hinter den Kranken her durch die Reihen der Wärterinnen und Feldscherer die Treppe hinauf und hinunter, füllte einen Augenblick das ganze Krantenhaus und verschwand. Sein Kopf bröckte nach.

Er bezwang sich und suchte den sonderbaren Gedanken zu urterdrücken, an dem er etwas ganz Neues, Unwertwertes fühlte, der alles erklärte; er hob den Kopf und schritt durch den Korridor.

Da begegnete ihm plötzlich der Kleine, dicke, graue Oberarzt. Sarniski blieb stehen und wandte sich hin und her, als wollte er fortlaufen, aber der Oberarzt sah nichts, wußte nichts, hörte nichts und dachte sich nichts. Es ging ja alles gut in der Welt. Die Kranken starben oder genasen wie immer. In der chirurgischen Abteilung waren mehr als sonst, aber das war infolge der Unruhen in der Stadt ganz erklärlich. War schon früher der Fall gewesen.

Als er Sarniski erblickte, bewegte er sich ihm schnell entgegen, ließ in der Eile mit seinem Munde, der schlaff wie ein Gummiball war, mit ihm zusammen, sprang zurück, füllte Sarniski an beiden Händen und brachte endlich herbei: „Kollege, sind Sie es wirklich? Ach, was hat man für schreckliche Dinge von Ihnen erzählt!“ (Fortf. folgt.)



**Reichstagspräsidenten auf dem Witzgang.** Der „national-liberale“ „Hamburgische Korrespondent“ macht den Vorschlag: Der Reichstag solle in die Geschäftsordnung sofort die Bestimmung einbringen, daß der Präsident und die Vizepräsidenten nach ihrer Ermählung beim Kaiser gemeinsamen Empfang zu erbiten haben. Damit würde nur kodifiziert, was längst Brauch ist, und künstlich wäre die Kandidierung eines dem Kaiser ausweichenden Parlamentarier für einen der Präsidentenposten unmöglich. Man hat bei uns und im Ausland gerade bei schwebenden Krisen so oft die Geschäftsordnung geändert, daß hier kein Bedenken vorliegt.

Warum empfiehlt man nicht gleich, dem Kaiser die Ernennung des Reichstags zu übertragen? Diese Ernennung brauchen dann nicht erst um einen Empfang zu bitten, sie würden einfach zu Hofe befohlen!

**Der Kampf gegen die Erbschaftsteuer.** Dem Bundesrat ist eine anonyme Denkschrift zugegangen, in der die Erbschaftsteuer als das Bedenklichste bezeichnet wird, was der Regierung hätte empfohlen werden können. Als Verfasser dieser Denkschrift werden auf Grund von Vermutungen Erzberger, Müller-Fulda und auch der bairische Finanzminister Dr. Reinhold genannt. Dr. Reinhold erklärt nun öffentlich, seine bei verschiedenen Anlässen vor der Öffentlichkeit befundene Stellung zu der Erbschaftsteuerfrage dürfe ein ausreichender Beweis dafür sein, daß er zu der fraglichen Denkschrift in keiner Beziehung stehen kann.

**Die „Wilden“ beherrschen den Reichstag.** Nach der amtlichen Fraktionsliste verließen Sozialdemokraten, National-Liberale und Fortschrittliche Volkspartei, letztere beiden Fraktionen einschließlich der Sozialisten, zusammen über 195 Stimmen; demnach kann keine der beiden Parteien eine Mehrheit bilden. Bei dieser Art der Gruppierung kann eine Mehrheit erst dadurch zustande kommen, daß die Mitglieder ohne Parteiparteiangehörigkeit, die sogenannten „Wilden“, zugunsten der einen oder der anderen Koalition Stellung nehmen. Da diese über elf Stimmen verfügen, kann durch ihre Zustimmung sowohl eine Mehrheit der rechtsstehenden Parteien wie eine Mehrheit der linksstehenden Parteien herbeigeführt werden.

**Sind Gewerkschaften politische Vereine?** Ein interessanter Prozess spielte sich vor dem Schöffengericht in Dresden ab. Es handelt sich um die Frage, ob die Gewerkschaften politische Vereine sind. Der Vertrauensmann des Brauereiarbeiterverbandes in Dresden hat eine Strafvorladung über 10 Mk. bekommen, weil er sich weigerte, die Namen der Vorstandsmitglieder des Verbandes der Polizei einzureichen. Die Zahlstelle war unter das Vereinsgeheimnis gestellt worden, weil sie 600 Mk. zum Reichstagswahlkampf gegeben hatte. Gegen diese Strafvorladung hat der Vertrauensmann gerichtliche Entscheidung angeregt. Vor Gericht wurde nun von der Polizei als Beweis für die politische Vereinigung ein Artikel aus der Verbandzeitung vorgelesen, der zum Inhalt hat: „Die Arbeiter der Brauerei sind die Arbeiter der Nation.“

### Ausland.

**Die parlamentarische Kinderstube.** Es ist für die russischen Zustände ungemein charakteristisch, daß die Duma nicht einmal die Möglichkeit hat, ihre Letztur nach eigenem Ermessen zu bestimmen und in jündigem Kriege mit den Zensurbehörden liegen muß. Fortwährend werden ausländische Zeitungen und Schriften, die an das russische „Parlament“ gesandt werden, von der zensurbehörden Zensurbehörde unlesbar gemacht oder konfisziert. Ein Teil der Abgeordneten kommt diesen Verhinderungen entgegen, indem er den Zutritt von „illegalen“ Schriften zur Dumaabsicht zu verhindern sucht. Der Vorsitzende der Bibliothekskommission, der edle Graf W. Bobrinski, verlangte sogar, daß sie der Polizei übergeben oder verbrannt werden. Nur infolge der Einmischung des Präsidenten wurde es durchgesetzt, daß derartige unheilbringende Schriften hinter Schloß und Riegel gehalten und nach besonderen Regeln an die Abgeordneten ausgehändigt werden. Es gibt aber noch eine Behörde, die die Letztur der Volksvertreter überwacht — die Post! Seit Anfang dieses Jahres sah die Bibliothekskommission zu ihrem Staunen, daß die bei der Post bestellten Zeitungen „Vorwärts“, „D. Sumanite“ und „D. Benir“ ihr nicht mehr zugestellt wurden. Auf ihre Reklamation teilte der Chef der Postverwaltung Semowitsch in einem offiziellen Schreiben mit, die Zeitung „Vorwärts“, die von Kurjew in Paris herausgegeben werde, sei zur Einfuhr in Russland verboten und werde darum der Duma nicht zugestellt. Hinsichtlich des „Vorwärts“ und der „D. Sumanite“ teilt der Chef der Postverwaltung es nicht einmal für notwendig, Erklärungen abzugeben. Dies alles geschieht, obgleich den Dumaabgeordneten in einem besonderen Gesetz das „Recht“ zuerkannt ist, alle möglichen Schriften und Zeitungen zu lesen.

**Keine Verkügelung von russisch-Polen.** Die Reichsduma lehnte mit 139 gegen 135 Stimmen bei sieben Enthaltungen den Abschnitt 10 der Vorlage, betreffend das Gouvernement Chelm ab, in dem die Ausweisung des Gouvernements Chelm aus dem Jarusalem Polen bestimmt wird. Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß die Russifizierungspolitik keine Fortsetzung finden wird.

**Die Annahme der Altersversicherung im Senat.** Im französischen Senat ist das Altersversicherungsgezet endlich erledigt worden und zwar mit Annahme der von den Sozialisten zuletzt als dringend vorgeschlagenen Verbesserungen. Um dem Widerstand der Gewerkschaften gegen die Anwendung des Gesetzes den Boden zu entziehen, hatte Genosse Jaurès gefordert, daß das Alter für den Beginn des Rentenbezugs auf 60 Jahre (statt 65) herabgesetzt und der Staatszuschuß von 60 auf 100 Franks für jede Rente erhöht werde, damit die in der Lebensarbeitszeit auszahlenden Renten nicht gar so erbärmlich niedrig seien. Die Herabsetzung des Bezugsalters kommt über 500.000 Witen zugute.

**Vermehrung der Abgeordneten in Belgien.** Da nach der Verfassung auf je 40.000 Einwohner ein Mitglied der Kammer, auf die doppelte Zahl ein unmittlbar gewähltes Senatsmitglied kommen soll, hat die Regierung auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom Dezember 1910 eine Vermehrung der Abgeordneten (jetzt 166) um 20 und der Senatoren (84) um 10 beantragt. Die 26 von den Provinzialräten zu wählenden Senatoren werden nicht vermehrt. Nach der bisherigen Verteilung der Sitze auf die Abgeordneten bedürften die Sozialisten 9 neue Abgeordnete auf die liberale, 4 die liberale, 3 die sozialistische Partei entfallen, während 4 als „Antiklerikale“ zwischen Sozialisten und Liberalen zu verteilen wären. Das würde also nur eine kleine Verminderung der jetzt noch sechs Stimmen betragenden liberalen Mehrheit bedeuten, vorausgesetzt, daß die neuen Sitze genau entsprechend der bisherigen Aufteilung besetzt werden. Das ist aber sehr unwahrscheinlich. In einigen Bezirken ist die liberale Mehrheit sehr klein (bis auf 30 Stimmen herab). Und nach dem Ergebnis der Gemeindevahlen zu urteilen, die trotz des noch schlechteren Wahlsystems (bis zu 4 Stimmen auf einen Wähler, bei den Kammerwahlen bis zu 3) eine schwere, teilweise vernichtende Niederlage der Liberalen gebracht haben, darf mit einem nicht geringen Umsturz der Regierungsmehrheit gerechnet werden, der den Sitz der Regierungsmehrheit bringen würde. Dagegen bleibt die Mehrheit im Senat, der auf einem hohen Wahlschuss (1200 Fr. Staatssteuer u. d.) außer den ohne Zensur gewählten Provinzialratsvertretern) unangefochten, wenn sie auch vielleicht etwas kleiner werden mag.

**Die Ausweisung der Italiener aus Kleinasien.** Die Ausweisung wird überall in Syrien und Palästina durch Mauerankläge bekannt gemacht. In einigen Orten, wie in Aleppo, wo sich zahlreiche italienische Arbeiter der Bagdadbahn aufhalten, geschah dies mit der Begründung, daß die Sicherheit ihres Lebens in Gefahr sei. Das gelte die tiefe Erregung weiter muslimantlicher Schichten. Die Arbeiter an der Bagdadbahn werden durch die Ausweisung empfindlich betroffen, da mehrere hundert italienische Arbeiter direkt Spezialisten sind und für den Bau unentbehrlich sind. Dem Eingreifen des Bauministers Dischavil gelang es, wenigstens von dem Wälatel Idena die Ausweisung vorläufig fernzuhalten, wodurch vermieden würde, daß die schwierigen Arbeiten der Taurus-Durchstiche eingestellt werden müssen.

**Die Revolution in Mexiko.** Die Rebellen in Nordmexiko haben die Stadt Juarez fast widerstandslos nach Abgabe einer einzigen Salve eingenommen. Sie beabsichtigen nunmehr den sofortigen Vormarsch auf Chihuahua. Ihre Stärke beträgt etwa 1600 Mann. Der Verkehr über die Grenze bei El Paso beschränkt sich auf die J. haben von Pässen und die amerikanischen Truppenverstärkungen. Die Amerikaner beschleunigen den Vormarsch nach der Grenze. Präsident Madero erklärte, von der Einnahme von Juarez nicht beunruhigt zu sein. Sie habe geringere Bedeutung als seinerzeit die Einnahme dieser Stadt durch ihn. Kundige befürchten aber, daß dadurch der revolutionäre Ehrgeiz aufgestachelt werde. Eine mexikanische Wunde ist in Texas einzufallen, um Vieh zu rauben. Es fand ein heftiger Kampf mit den berittenen Kührtrien statt, bei dem vier Mexikaner getötet wurden. In Douglas (Arizona) herrscht große Unruhe wegen der Verhaftung von acht Amerikanern in Fronteros (Mexiko), deren Hinrichtung bevorsteht. Erregung gegen die Amerikaner wird auch aus Torreon gemeldet. Das Kriegsdepartement in Washington hat die Truppen an der mexikanischen Grenze um zwei Kavallerieabteilungen verstärkt.

**Neue Murren in China.** Ein Teil der Truppen von Tsinchuan meuterte. Während der Nacht zu Mittwoch fand ein Gefecht zwischen meuternden und treu gebliebenen Soldaten statt. Die großen Städte sind geschlossen. Die vor Pankau liegenden ausländischen Kanonensoldaten erhielten Befehl, für alle Fälle sich in Bereitschaft zu halten. In Pankau ist die Ordnung nicht gestört worden.

### Parteiangelegenheiten.

**Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages** hielt Mittwochabend eine Sitzung ab. Es wurde mitgeteilt, daß die Fraktion in der Petitionskommission statt 8 neun Sitze und in der Rechnungskommission statt 4 fünf Sitze, in der Bibliothekskommission statt zwei drei Sitze erhalten soll. In letztere Kommission wurden als Mitglieder Dietz und Bebebour bestimmt. Im Beirat für Arbeiterausbildung erhält die Fraktion ebenfalls zwei Sitze, und zwar wurden hierzu Mollenhuth und Schmidt-Berlin gewählt. Ferner bekommt die Fraktion einen Sitz in der Reichsschuldenkommission. Hierzu wurde Genosse Stadthagen bestimmt. In die Kommission, die den Gesekentwurf betreffend die Staatsangehörigkeit zu beraten hat, wurden Landberg, Liebknecht, Antrich und Quara gewählt. Der Vorsitz in dieser Kommission steht den Sozialdemokraten zu. Dem Dänen Hansen, der sonst nicht in diese Kommission gelangen konnte, trat die Fraktion einen Sitz ab. — Zum Etat des Reichsamts des Innern wurde als dritter Generalredner Sachse bestimmt, für den Justizetat Peine, Stadthagen und Cohn, für den Etat der Reichseisenbahnen Emmel, Böhle und Wenzl.

### Schlesien, Bosen und Nachbargebiete.

**Waltisch a. D., 29. Februar.** Zwei Arbeiter ertranken. Dienstagabend 7 Uhr ereignete sich hier ein bedauerlicher Unglücksfall, dem zwei blühende Menschenleben zum Opfer fielen. Der Schiffer Dreiner und der Arbeiter J. Kohur, beide aus Leubus, die in der hiesigen Zellstoffabrik arbeiteten, fuhrten nach Feierabend in einer dem Schiffer Dreiner gehörigen Scholle über die Oder, um auf dem kürzesten Wege nach ihrem Heimatsort zu kommen. Vermutlich durch den starken Sturm, der um diese Zeit herrschte, muß die Scholle gefentert sein, wobei beide den Tod in den Fluten fanden. Trotz eifrigen Suchens ist bis jetzt weder einer der Ertrunkenen, noch die Scholle, auf der sie beiden über die Oder setzen wollten, aufgefunden worden. Eine den Ertrunkenen gehörige Kaffeekanne ist am Ufer aufgefunden worden. Dieser kaurige Vorfall mahnt wieder zur Vorsicht.

**Brieg, 29. Februar.** Vom Schwurgericht. Der Landwirt Franz Bredel aus Kreuzendorf ist wegen verübten Raubes angeklagt. Er soll am 9. September 1909 auf der Landstraße bei Rathau den Fleischer Adam aus Brieg angefallen und ihm eine Uhr weggenommen haben. Der Angeklagte gibt auf die Aufforderung des Vorsitzenden, sich zu der Anklage zu äußern, an, er kann sich auf nichts besinnen, da er von Jugend an kopfsteibend ist. Er kann keine Auskunft geben. Das Gericht erkannte auf 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Die erste Sitzung war um 8 Uhr nachmittags beendet. Die zweite Verhandlung richtete sich gegen den Fürsorgezögling Mag. Stoch aus Rathau wegen Brandstiftung. Stoch ist dreimal vorbestraft und beschuldigt, am 19. Januar 1912 die Scheune des Stellenbesizers Dremler zu Falkenau vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben. Der Angeklagte diente bei Dremler als Knecht und gibt an, daß es ihm dort nicht gefallen habe, weil die Arbeit zu schwer war. Deshalb hat er die Tat vollführt. Er hat sich dann in Brieg der Polizei gestellt. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren, worauf auch das Gericht erkannte, trotz ihm zugestimmter mildernder Umstände.

**Sirchberg, 29. Februar.** Ende des Winters im Gebirge. Am Dienstag nachmittag stellte sich im Riesengebirge Regenwetter ein. Dabei herrscht zeitweise ein starker Weststurm. Der Tauprozess ist bis zu 600 Meter Höhe vorgeschritten. Die Hochgebirgsbahnen sind vereist und wurden in letzter Zeit wenig benützt. Die Gebirgsflüsse führen viel Schotterwasser zu Tal. — Das sportliche Leben im Riesengebirge hat ein jähes Ende gefunden. Die Regengüsse der letzten Tage gaben der eingeleiteten Schneeschmelze den Rest und ließen die Flüsse und Bäche stark anschwellen. Der Querschnitt ist wieder ufervoll.

**Rhnan, 29. Februar.** Die Spernung des Schleiers. Nur wenige Tage noch ist das Schleierfest für den Touristen- und öffentlichen Verkehr freigegeben, da die Gefahren, welche der Talperrenbau mit sich bringt, die Schließung vom 9. März ab erforderlich macht. Ein idyllisches Städtchen, das viel besucht war, ist dann den Anprüfungen der Natur zum Opfer gefallen. Die Bauten an der Talperre erfordern jetzt die höchsten schmerzbedrohende großartige Felsensprengungen. Der Bau dürfte etwa vier Jahre dauern.

**Grüßau, 29. Februar.** In den Brunnen gestürzt. Die in den siebziger Jahren stehende Renteneinnehmerin Karoline Bod wollte aus einem sogenannten Schöpfbrunnen Wasser holen. Als die Betreffende nach längerer Zeit von dem Gange nicht zurückkehrte, forschte man nach ihrem Ausbleiben und fand sie tot in dem Brunnen.

**Jauer, 29. Februar.** Selbstmord. Der im hiesigen Cafe Central beschäftigte Kellner Raschnik erschoss sich in der Nacht zum Mittwoch auf dem Ringe. Die Kugel war durch die Achse ins Gehirn gedrungen und hatte den sofortigen Tod herbeigeführt. In einem Briefe, den R. an seinen Vater gerichtet, geht hervor, daß er die Tat aus Lebensüberdruß vollbracht hat.

**Politzsch, 29. Februar.** Durch Schaden wird man klug. Dies scheint auch bei den Politzschern der Fall zu sein. Nachdem der Straßenräuber, Stellensbesizer Role, von hier dem Schöffengericht die Geldstrafe abgeschrieben, ist man etwas vorsichtiger geworden. So bewilligte die Gemeindevorstellung die Mittel zur Anschaffung eines stählernen Geldschrancks und beschloß, die Gelder gegen Diebstahl zu versichern.

**Saarau, 29. Februar.** Mit zwanzigtausend Mark durchgebrannt. Der bei den hiesigen Chemischen Fabriken angestellte Kontordienner Eichon ist mit 20.000 Mark, die er am Montag von der Post abholen sollte, durchgebrannt. Man vermutet, daß er über die Grenze entkommen ist. Die Firma hat eine Belohnung von 1000 Mark auf die Wiedererlangung des Geldes ausgesetzt. Eichon, der nebenbei auch noch den Schneiderberuf ausübt, erfreute sich des allergrößten Vertrauens der Firma.

**Biegen, 29. Februar.** Empfehlungswerte Arbeitgeber. Die Gutbesitzer Alfred und Paul Sell in Gugelwischen hatten einen geisteskranken 17-jährigen Arbeiter in Dienst, der es bei den beiden Arbeitgebern nicht gut hatte. Er wurde von ihnen wiederholt mißhandelt. Die Strafkammer verurteilte Alfred Sell zu ganzen 10 Mark und Paul Sell zu 20 Mark Geldstrafe.

**Bunzlau, 29. Februar.** Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Dieser Welspruch scheint bei den Mitglieder des evangelischen Junglingsvereins zu Rückensack auf keine Beachtung zu finden. Ende September vergangenen Jahres veranstaltete der genannte Junglingsverein ein Rekruten-Abschiebsfranzögen, bei dem es unter den Vereinsmitgliedern zu einer argen Polaree kam, wobei der Schrankenwärter Klemmt, der Bahnarbeiter Gamke und der Arbeiter Kowalewski abel zugeriecht wurden. Sie hatten der Uebermacht weichen müssen, da sie sich sechs Gegnern gegenüber verteidigen wollten. Diese waren deshalb wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt worden und zwar die Arbeiter Reinhardt Schubert, Bruno Schubert, Bruno Widner und Gustav Weinknecht und die Brüder Reimann. Die Gebrüder Reimann sind inzwischen zum Militär eingezogen worden, labob vor den Jllgerichten nur gegen die ersten vier Täter verhandelt wurde. Das Schöffengericht Bunzlau hatte den Reinhardt Schubert zu sechs Wochen, den Bruno Schubert zu zwei Monaten Gefängnis, den Bruno Widner zu 30 Mark und den Gustav Weinknecht zu 45 Mark Geldstrafe verurteilt. Die hiesige Strafkammer änderte das erste Urteil zwar zugunsten der beiden ersten Angeklagten ab, Reinhardt Schubert kam mit 30 Mark, Bruno Schubert mit 30 Mark Geldstrafe davon und bei den anderen beiden blieb es bei dem ersten Urteil. Bezüglich für den „christlichen Geist“ in den Abschiedsreden ist dieser Vorgang trotz alledem.

**Görlitz, 29. Februar.** Eine mutige Frau. Vom Tode des Ertrinkens rettete die Schuhmachersfrau Welsch ein neunjähriges Mädchen. Das Kind war die stete Wöschung hinab in die Resse gestürzt. Auf das Hilfergeschrei eilte Frau W. herbe und zog das ohnmächtig gewordene Kind aus dem Wasser. Bravo!

**Görlitz, 29. Februar.** Eifersucht macht blind. Sonntagabend nach der Knecht Krausche aus Krummersdorf bei einem Tanzvergnügen aus Eifersucht seiner Geliebten Preußmann sein Messer in die Brust. Ihr Zustand ist hoffnungslos. Der Täter wurde verhaftet.

**Soyerdorwa, 29. Februar.** Unglaublich roher Furch. Eine ungläubliche Roheit beging ein Arbeiter in Klein-Rätschen. In stark betrunkenem Zustande kam er zu seiner schwerkranken Frau nach Hause. Er begann sofort Streit mit ihr und geriet dabei in solche Wut, daß er Feuermaterial unter das Bett legte, dieses mit Petroleum begoß und anzündete. Die Frau konnte sich nicht retten, da sie zu schwach war. Nachdem die Unglückliche schon starke Brandwunden hatte, warf der Braulaine die Frau heraus und brachte sie in Sicherheit. Doch bald packte ihn von neuem die Wut und er mißhandelte sie schwer. In dem Aufkommen der Schwerverletzten wird gezweifelt.

**Uß bei Schneidemühl, 29. Februar.** 4000 Mark aus einem Geldbrief gestohlen. Auf dem hiesigen Postamt war ein Geldbrief mit 4800 Mk. Inhalt aufgegeben worden. Als der Brief in Wöngrowitz, dem Bestimmungsorte, von dem Empfänger geöffnet wurde, enthielt er nur noch 800 Mk. und mehrere Papierblätter. Ein Beamter des hiesigen Postamts wurde wegen Verdachts des Diebstahls verhaftet.

### Die Klosterbrüder von Genstodau vor Gericht.

**Retikau, 28. Februar.** Zweiter Tag. Der Angeklagte Damacy Macoch gab noch an, daß Waclaw Macoch, nachdem er von ihm (dem Angeklagten) bei dem Streik einen Hieb mit dem Beil vor den Kopf erhalten hatte, zu Boden gestürzt sei. Darauf habe er dem am Boden Liegenden noch zwei Schläge versetzt. Als er gesehen hat, daß Waclaw noch lebe, habe er diesem

die Absolution erteilt und ihn darauf erwidert. Was er dann getan habe, wisse er nicht. Er sei ganz verzweifelt gewesen und habe sich erschließen wollen, doch habe ihn eine innere Stimme davon abgehalten. Er habe dann die ganze Nacht bei der Leiche geesset, gebetet und geweint. Zuerst habe er daran gedacht, zur Polizei zu gehen oder dem Prior seine Tat einzugestehen. Das habe er dann aber beides nicht gewagt. Er habe die Leiche in ein Laten gemickelt und die Blutspuren beseitigt, und dann den Klosterdiener Balog herbeigerufen. Dielem habe er erzählt, daß sich Waclaw zu erschließen versucht habe. Es sei ihm (dem Angeklagten) unmöglich gewesen mit anzusehen, wie Waclaw mit dem Tode gerungen habe, und da habe er ihm mit einem Beile wölly den Hals gemacht. Balog habe ihn auf den Gedanken gebracht, nicht zur Polizei zu gehen, sondern die Leiche im geheimen fortzuschaffen.

**Gemeinschaftlich mit dem Klosterpförtner** und Mitangeklagten Damacy Blaslerowicz habe Balog ein Sofa herbeigeholt, in das die Leiche dann gelegt und abends in einer Droschke weggeschafft wurde. Ueber die Einzelheiten des Transports der Leiche decken sich die Angaben des Angeklagten Blanko mit denen Macochs vollkommen. Nach der Tat war Macoch mit Helena in Warschau zusammengekommen und hatte ihr auf ihre Fragen nach ihrem Manne geantwortet, daß dieser mit ihm einen Streit gehabt habe, und wahrscheinlich nach Amerika gezogen sei. Helena sei zwei Tage später nach Genstodau gekommen und habe drei Tage im Kloster bei ihm in seiner Zelle gewohnt. Sehr ausführlich war die Vernehmung Macochs über seine Beziehungen zur Helena Krzyzanowska. (Ausführlicher Bericht folgt.)

**Redaktion und Expedition:** Neue Wochenschrift 7, — Verlag von Carl Schöde, — Druck von A. Schöde, — 1. 2. — Druck in Genstodau.



**Stadt-Theater.**  
 Donnerstag, Anfang 7 Uhr:  
 „Der Ring des Nibelungen“  
 Zweiter Tag:  
 „Siegfried“  
 Freitag 7 1/2 Uhr:  
 „Der Nibelungen“  
 Sonnabend, Anfang 7 Uhr:  
 „Der Ring des Nibelungen“  
 Dritter Tag:  
 „Götterdämmerung“

**Lobe-Theater.**  
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr: 2574  
 „Die fünf Frankfurter“  
 Freitag 7 1/2 Uhr:  
 „Die fünf Frankfurter“  
 Sonnabend, 7 1/2 Uhr:  
 „Die fünf Frankfurter“  
 Sonntag, 11 Uhr:  
 „Griechisches Feuer“

**Thalia-Theater**  
 Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
 „Die Herren Söhne“  
 Freitag, Gruppe H. 5. Vorstellung:  
 „Grimm“  
 Sonntag, 7 1/2 Uhr: 2331  
 Zur Erinnerung an den 100. Geburtstag  
 Gerthold Harbachs (28. Februar):  
 „Dorf und Stadt“  
 Sittlichkeitsauf Freitag und Sonnabend  
 von 10-12 Uhr, im Stadt- und Thalia-  
 Theater.

**Schauspielhaus**  
 Donnerstag 8 Uhr:  
 „Alt-Wien“  
 Freitag 8 Uhr:  
 „Die moderne Eva“  
 Sonnabend, 8 Uhr: 2556  
 „Alt-Wien“

**Liebich's Etablissement**  
 Donnerstag, den 29. Februar:  
 Abschieds- u. Ehren-Abend für  
 Robert Steidl u. Lene Land  
 außerdem: Zum letzten Male:  
 Das Februar-Programm!  
 Anfang 7 1/2 Uhr. 2556

**Viktoria-Theater**  
 Durchschlagender Erfolg der  
 glänzenden Spezialitäten.  
 Clermont. French Cie.  
 Klemchen. Förster.  
 etc. etc. 2562  
 Anf. 8 Uhr. Denz wochentags gilt.

**Zeltgarten**  
 Heute Abends !!!  
 der brillantesten 2550  
 Spezialitäten.  
 Unter 20 Pfg.  
 Ab 1. März:  
 der unübertreffliche  
 Willy Haase  
 mit seinen Varietäten.

**Palmengarten.**  
**Doppel-Konzert.**  
 Ab 1. März: 254  
**2 neue Kapellen.**

**Kaufe alte Schränke,**  
 Komod., Bettstell.  
 u. Nachlässe geg. jol. Zahlung.  
 Wahler, Friedrichstr. 53.  
 2528  
**Gebrauchte billige Möbel**  
 Schränke, Vertikale, Komod., Tisch-  
 Stühle, ganze Einbauten (Küchen-  
 2927) zu 30, 50, 70 Mark!  
 zu verkaufen Reichsstraße 53.  
**Eduard Bernstein:**  
**Die Grundbedingung**  
**des Wirtschaftslebens.**  
 Preis 20 Pfg.  
 Buchhandlung Volkswacht.

**Geschäfts-Übernahme.**  
 Meiner gepflanzten Schuhfabrik zur Veräußerung.  
**meine Bäckerei Bojenerstraße 4**  
 Herr Alois Hellmann übernahm hat.  
 Zudem ist meine weitere Schuhfabrik für die mit langjähriger Erfahrung her-  
 stellten Schuhwerk, welche ich hiermit bestmögliche auf meinen Geschäfts-  
 nachfolger zu übertragen.  
**Frau E. Brehmer, Bojenerstr. 4.**  
 NB. Zudem ist einem weiteren Publikum die Übernahme der Bäckerei  
 hiermit angezeigt, welche ich, mit der Bewilligung von Herrn Hellmann, zu über-  
 nehmen beabsichtige, durch prompte Lieferung von guten, schmackhaften Brote alle  
 Wünsche zu befriedigen und empfehle mich.  
**Alois Hellmann, Bäckerei, Bojenerstr. 4.**  
 Der Tarif der Bäder- u. Sanatoriumsverbandes ist auch durch  
 mich erhältlich. 2715  
 Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von  
**Schuhwaren**  
 in  
**Herren-, Damen- und Kinderstiefeln**  
 zu besonders billigen Preisen.  
**Martha Christmann,** Gesundheits-  
 fähigerin.  
 Augustin Koch,  
 24 Schützenstraße 36  
 Besuchen Sie mich an jedem Tag.

**Pfänder-Auktion.**  
 Allenstraße 48. 2404  
 Freitag, den 15. März, bis 11. 32 008.  
 Veräußerung nur bis 11. März.  
**Ausschneiden!**  
**Maurer!**  
 Jeder fleißige Maurer kann sich zu Hause  
 auf billige Weise durch meine besten  
 Unterrichtskurse zum tüchtigen Keller-,  
 Mauersucher und Betonmeister aus-  
 bilden. Für den Unterricht genügt eine  
 abendliche Stunde. Lehrplan u. Näheres  
 kostenfrei. Briefungen sind unter A. 40  
 an die Verlagsredaktion zu richten. 2719

**Schöner Blüch-Diwan**  
 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000. u. 1001. u. 1002. u. 1003. u. 1004. u. 1005. u. 1006. u. 1007. u. 1008. u. 1009. u. 1010. u. 1011. u. 1012. u. 1013. u. 1014. u. 1015. u. 1016. u. 1017. u. 1018. u. 1019. u. 1020. u. 1021. u. 1022. u. 1023. u. 1024. u. 1025. u. 1026. u. 1027. u. 1028. u. 1029. u. 1030. u. 1031. u. 1032. u. 1033. u. 1034. u. 1035. u. 1036. u. 1037. u. 1038. u. 1039. u. 1040. u. 1041. u. 1042. u. 1043. u. 1044. u. 1045. u. 1046. u. 1047. u. 1048. u. 1049. u. 1050. u. 1051. u. 1052. u. 1053. u. 1054. u. 1055. u. 1056. u. 1057. u. 1058. u. 1059. u. 1060. u. 1061. u. 1062. u. 1063. u. 1064. u. 1065. u. 1066. u. 1067. u. 1068. u. 1069. u. 1070. u. 1071. u. 1072. u. 1073. u. 1074. u. 1075. u. 1076. u. 1077. u. 1078. u. 1079. u. 1080. u. 1081. u. 1082. u. 1083. u. 1084. u. 1085. u. 1086. u. 1087. u. 1088. u. 1089. u. 1090. u. 1091. u. 1092. u. 1093. u. 1094. u. 1095. u. 1096. u. 1097. u. 1098. u. 1099. u. 1100. u. 1101. u. 1102. u. 1103. u. 1104. u. 1105. u. 1106. u. 1107. u. 1108. u. 1109. u. 1110. u. 1111. u. 1112. u. 1113. u. 1114. u. 1115. u. 1116. u. 1117. u. 1118. u. 1119. u. 1120. u. 1121. u. 1122. u. 1123. u. 1124. u. 1125. u. 1126. u. 1127. u. 1128. u. 1129. u. 1130. u. 1131. u. 1132. u. 1133. u. 1134. u. 1135. u. 1136. u. 1137. u. 1138. u. 1139. u. 1140. u. 1141. u. 1142. u. 1143. u. 1144. u. 1145. u. 1146. u. 1147. u. 1148. u. 1149. u. 1150. u. 1151. u. 1152. u. 1153. u. 1154. u. 1155. u. 1156. u. 1157. u. 1158. u. 1159. u. 1160. u. 1161. u. 1162. u. 1163. u. 1164. u. 1165. u. 1166. u. 1167. u. 1168. u. 1169. u. 1170. u. 1171. u. 1172. u. 1173. u. 1174. u. 1175. u. 1176. u. 1177. u. 1178. u. 1179. u. 1180. u. 1181. u. 1182. u. 1183. u. 1184. u. 1185. u. 1186. u. 1187. u. 1188. u. 1189. u. 1190. u. 1191. u. 1192. u. 1193. u. 1194. u. 1195. u. 1196. u. 1197. u. 1198. u. 1199. u. 1200. u. 1201. u. 1202. u. 1203. u. 1204. u. 1205. u. 1206. u. 1207. u. 1208. u. 1209. u. 1210. u. 1211. u. 1212. u. 1213. u. 1214. u. 1215. u. 1216. u. 1217. u. 1218. u. 1219. u. 1220. u. 1221. u. 1222. u. 1223. u. 1224. u. 1225. u. 1226. u. 1227. u. 1228. u. 1229. u. 1230. u. 1231. u. 1232. u. 1233. u. 1234. u. 1235. u. 1236. u. 1237. u. 1238. u. 1239. u. 1240. u. 1241. u. 1242. u. 1243. u. 1244. u. 1245. u. 1246. u. 1247. u. 1248. u. 1249. u. 1250. u. 1251. u. 1252. u. 1253. u. 1254. u. 1255. u. 1256. u. 1257. u. 1258. u. 1259. u. 1260. u. 1261. u. 1262. u. 1263. u. 1264. u. 1265. u. 1266. u. 1267. u. 1268. u. 1269. u. 1270. u. 1271. u. 1272. u. 1273. u. 1274. u. 1275. u. 1276. u. 1277. u. 1278. u. 1279. u. 1280. u. 1281. u. 1282. u. 1283. u. 1284. u. 1285. u. 1286. u. 1287. u. 1288. u. 1289. u. 1290. u. 1291. u. 1292. u. 1293. u. 1294. u. 1295. u. 1296. u. 1297. u. 1298. u. 1299. u. 1300. u. 1301. u. 1302. u. 1303. u. 1304. u. 1305. u. 1306. u. 1307. u. 1308. u. 1309. u. 1310. u. 1311. u. 1312. u. 1313. u. 1314. u. 1315. u. 1316. u. 1317. u. 1318. u. 1319. u. 1320. u. 1321. u. 1322. u. 1323. u. 1324. u. 1325. u. 1326. u. 1327. u. 1328. u. 1329. u. 1330. u. 1331. u. 1332. u. 1333. u. 1334. u. 1335. u. 1336. u. 1337. u. 1338. u. 1339. u. 1340. u. 1341. u. 1342. u. 1343. u. 1344. u. 1345. u. 1346. u. 1347. u. 1348. u. 1349. u. 1350. u. 1351. u. 1352. u. 1353. u. 1354. u. 1355. u. 1356. u. 1357. u. 1358. u. 1359. u. 1360. u. 1361. u. 1362. u. 1363. u. 1364. u. 1365. u. 1366. u. 1367. u. 1368. u. 1369. u. 1370. u. 1371. u. 1372. u. 1373. u. 1374. u. 1375. u. 1376. u. 1377. u. 1378. u. 1379. u. 1380. u. 1381. u. 1382. u. 1383. u. 1384. u. 1385. u. 1386. u. 1387. u. 1388. u. 1389. u. 1390. u. 1391. u. 1392. u. 1393. u. 1394. u. 1395. u. 1396. u. 1397. u. 1398. u. 1399. u. 1400. u. 1401. u. 1402. u. 1403. u. 1404. u. 1405. u. 1406. u. 1407. u. 1408. u. 1409. u. 1410. u. 1411. u. 1412. u. 1413. u. 1414. u. 1415. u. 1416. u. 1417. u. 1418. u. 1419. u. 1420. u. 1421. u. 1422. u. 1423. u. 1424. u. 1425. u. 1426. u. 1427. u. 1428. u. 1429. u. 1430. u. 1431. u. 1432. u. 1433. u. 1434. u. 1435. u. 1436. u. 1437. u. 1438. u. 1439. u. 1440. u. 14



## Arbeiterbewegung.

### Zur englischen Bergarbeiterbewegung.

Wie ein Ertrinkender nach dem Strohalm greift, so streift das englische Bürgertum augenblicklich lebend die Hände zur Regierung empor, die nach seiner Ansicht den Generalstreik der Bergarbeiter verhindern kann. Stündlich hört man die Versicherung: die Regierung kann den Streik verhindern. Dieser Satz wird so häufig wiederholt, bis ihn die Deffenlichkeit wirklich glaubt. Das hysterische Schreien nach der Intervention der Regierung scheint jedoch auch politische Absichten zu bergen. Die Konservativen wollen, wenn der Streik ausgebrochen ist, die Regierung für den Ausbruch verantwortlich machen. Die Regierung hat bis jetzt wenig oder nichts getan, um eine Beilegung des Streits herbeizuführen, aus dem einfachen Grunde, weil sie nichts tun konnte. Die beiden Parteien würden längst schon wieder verhandelt haben, wenn irgendwelche Aussicht bestände, die Streitfrage ohne Kampf zu lösen. Alle Berichte der bürgerlichen Presse über lange Verhandlungen zwischen den Ministern und den Bergarbeiterführern sind pure Erfindungen. Sie beruhen auf Meldungen wie der folgenden: „Herr Lloyd George lächelte optimistisch, als er die Sitzung verließ.“ Das stand letzten Freitag in einem Londoner Blatt. Auch die Berichte der bürgerlichen Presse über Beschlüsse des Internationalen Komitees sind erfunden. Man versucht offenbar, nach der alten Methode der Wahrheit auf den Grund zu kommen, indem man zu Dementis herausfordert.

Die Hoffnung, daß die Regierung die Bergarbeiter bewegen werde, den Verlauf der Kündigungsfrist etwas hinauszuschieben, wird sich als trügerisch erweisen. Aus einer Reihe Revidate kommt die Nachricht, daß sich die Bergarbeiter in Versammlungen energisch gegen den Vorschlag ausgesprochen haben. Es ist jedoch denkbar, daß die Bergarbeiter einem Ausschub zustimmen würden, wenn die Kohlenbesitzer morgen das Prinzip des Minimallohnes anerkennen würden. Alsdann könnte die Höhe des Minimallohnes vereinbart werden, ohne daß es zu Arbeitslosigkeit käme. Eine andere Lösung wäre die, daß die Regierung noch am Donnerstag einen kurzen Gesetzentwurf einbrächte, der den Minimallohn im Kohlenbergbau gesetzlich festsetzt. Ein solcher Schritt oder die Drohung, die Bergwerke zu verstaatlichen, würde den Kampf wohl abzuwenden vermögen. Es ist aber höchst zweifelhaft, ob die Regierung den Mut zu derartigen beschließlichen Maßnahmen finden wird. Gerade die Leute, die jetzt am lautesten verlangen, daß die Regierung den Kampf in der Bergwerksindustrie unter allen Umständen verhindert, würden die ersten sein, die über die Liberalen herfallen und sie als verkappte revolutionäre Sozialisten bezeichnen würden.

Noch immer legen viele Bergarbeiter die Arbeit nieder, bevor über den Generalstreik entschieden ist. Es heißt, es seien bereits über 100.000 Mann, darunter 20.000, die Witkowsch früh in Teckshire in den Auslauf getreten sind. Die Maschinen der Bergwerke in Südwales haben, nach Umständen, erklärt, Donnerstag Abend in den Auslauf zu treten, ohne Rücksicht auf den eventuellen Ausfall der Bergarbeiter. Der Ausfall der Maschinen wird die Stilllegung des Betriebes im ganzen Kohlenbecken zur Folge haben. Ihre Forderungen stehen mit denen der Bergarbeiter in keinem Zusammenhang.

### Tarifbrüchige Unternehmer im Holzgewerbe.

In Königsberg i. Pr. weigern sich die Bautischlermeister, die tariflich festgesetzten Löhne zu zahlen. Obwohl die Meister nicht bestreiten, daß der Wortlaut des Tarifvertrages den Arbeitern recht gebe, so erklären sie sich aber aus Prinzip gegen die Bezahlung. Die Unternehmer lehnten die Verhand-

lung über diesen Streitfall in der Schlichtungskommission ab. In einer demnächst unter einem unparteiischen Vorsitzenden stattfindenden Sitzung soll die Sache verhandelt werden. Bisher haben zirka 130 Gesellen die Arbeit eingestellt. Die Unternehmer verweigern schwarze Listen mit den Namen und der Wohnungsangabe von 113 Gesellen.

In Brandenburg Westpr. hat der Dolzarbeiterverband im Jahre 1911 mit dem größten Teil der Tischlermeister einen Vertrag bis zum Jahre 1915 abgeschlossen. In diesem Jahre trat laut Vertrag am 15. Februar der Verzicht der Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden und eine Lohnerhöhung ein. Ein Teil der Meister suchte diese Bestimmungen zu umgehen. Es ist deshalb bereits zur Arbeitseinstellung in zwei größeren Werkstätten gekommen. Zugang ist ferngehalten.

Der Leipziger Expeditionenarbeiterstreik ist beendet. Die Leipziger Expeditionenarbeiter haben nach eintägigem Kampfe einen schönen Sieg errungen. Die Fabrikunternehmer mußten die Forderungen in ihren wesentlichen Teilen anerkennen, so den Wochenlohn von 27 Mk., der nach einem Jahre auf 28 Mk. steigt. Der Schluß der Arbeitszeit ist auf 8 Uhr abends festgesetzt, während diese bisher viel länger ausdauerte. Nach 6 1/2 Uhr abends sollen keine Wäter mehr abgeholt werden. Die Vereinbarungen, die zwischen dem Unternehmerverband und dem Transportarbeiterverband abgeschlossen sind, gelten bis zum 1. März 1914. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Kündigungen, die gestern erfolgt sind, müssen zurückgezogen werden.

Tarifabschluss im Tapezierergewerbe in Frankfurt a. M. Die Frankfurter Tapezierer haben mit den Unternehmern einen dreijährigen Vertrag abgeschlossen, der den Arbeitern die Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 52 Stunden bringt; Sonnabends soll nur 7 Stunden gearbeitet werden, an Tagen vor den hohen Feiertagen soll um 4 Uhr nachmittags die Arbeit beendet werden. Die Mindestlöhne betragen jetzt 41 Bfg., ab 1. März 1913 57 Bfg. Außerdem wurden Vereinbarungen über die hygienische Beschaffenheit der Werkstätten getroffen.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Februar.

### Geschichtskalender.

1. März.

- 1834 Die Schauspielerin Charlotte Wolter in Köln.
- 1840 Der schwedische Historiker Magnus Döjer in Norrköping.
- 1842 Der griechische Maler Nikolaus Gysis auf der Insel Lemnos.
- 1869 Der französische Dichter Alphonse de Lamartine in Vassy.
- 1896 Niederlage der Italiener unter Garibaldi durch die Abessinier bei Adua.
- 1905 Russisch-japanischer Krieg: Beginn der Schlacht bei Mukden.

### Die Gemeindehaushaltspläne im Landkreis.

Der Landrat des Landkreises Breslau ersucht die Gemeindevorstände, mit der Aufstellung des Gemeindevoranschlags für 1912 sofort zu beginnen und sie möglichst zu beschleunigen. Weiter heißt es u. a. in der Bekanntmachung:

Der Voranschlag wird von dem Gemeindevorsteher entworfen. Der Entwurf ist sodann während zwei Wochen nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung in einem von der Gemeindeversammlung (Gemeindevorstand) zu bestimmenden Räume zur Einsicht aller Gemeindeglieder auszuliegen. Sofort nach beendeter Auslegung ist der Voranschlag der Gemeindeversammlung (Gemeindevorstand) zur Feststellung und zur Beschlußfassung über die Verteilung des Bedarfs an direkten Gemeindeabgaben auf die einzelnen Steuerarten vorzulegen.

Da nach gesetzlicher Bestimmung in sämtlichen Gemeinden die Kreisabgaben und Schulkosten in den Gemeindefinanzen aufgenommen werden müssen, so wird eine große Zahl von Gemeinden gezwungen sein, Zuschläge

über den vollen Satz der Einkommensteuer hinaus — also über 100 Prozent — zu erheben.

Hierzu ist die Erlaubnis des Kreisausschusses und des Regierungspräsidenten erforderlich. Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts müssen die Gemeinden diese Erlaubnis abwarten, ehe sie die Steuern einzahlen.

Unseren Genossen auf dem Lande empfehlen wir, sich die Haushaltspläne in den Dörfern recht genau anzusehen; sie werden dadurch manchen wertvollen Einblick in die Verhältnisse gewinnen.

### Der Transportarbeiter-Verband im Jahre 1911.

Die günstigeren wirtschaftlichen Verhältnisse des verflohenen Jahres hat im Handelsgewerbe, besonders im Transportgewerbe eine vorteilhafte Einwirkung ausgeübt, so daß sich der Arbeitsmarkt in diesem Gewerbe lebhafter gestaltete, als im Vorjahre. Diese günstige Gelegenheit hat der Verband auszunutzen verstanden, indem er nach Möglichkeit versuchte, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, um die Preissteigerung der Lebensmittel einigermaßen wettzumachen.

Es gelang, verschiedenen Arbeitergruppen Verbesserungen ihrer Lohnerhältnisse zu verschaffen. Die bei der Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft beschäftigten Speicherarbeiter richteten an die Betriebsverwaltung das Ersuchen, bei einigen Warenartikeln die Löhne zu erhöhen; nach mehrmaligen Verhandlungen erreichten die Arbeiter eine Aufbesserung, die für den Mann 2 Mark die Woche beträgt. Auch die Lagerarbeiter der Firma Schöber und Böckel (Chemische Düngemittel) deren Beschäftigung schwach und gesundheitschädlich ist, waren in eine Lohnbewegung eingetreten, um einen Mehrverdienst zu erreichen. Es wurde ein allgemeiner Zuschlag von 15 Prozent verlangt; die Firma bewilligte die Zulage, so daß die Kollegen wöchentlich um 250 Mk. besser gestellt sind. Bei der allgemeinen Bewegung in den hiesigen Wagenfabriken, die vom Metallarbeiter-Verband geführt wurde, kam der Transportarbeiter-Verband mit 200 Mann, Pflanz- und Magazinarbeiter, in Mitleidenhaft. Die Fabriken machten für diese Gruppen Zuschüsse von 1 bis 3 Bfg. für die Stunde. Die Lagerarbeiter im Eisenverlag der Firma Caro u. Sohn haben eine Zulage von 2 Mk. wöchentlich für jeden Einzelnen erreicht. Eine Bewegung zeigte sich auch in der Schlesiischen Wollwaren-Gesellschaft. Die Direktion lehnte es zwar grundsätzlich ab, mit der Organisation zu unterhandeln, doch kam eine Einigung zustande; die Lohnsätze wurden erhöht, die Ueberstundenbezahlung besser geregelt. Der Mehrlohn beträgt 125 Bfg., bei den Aussehern 150 Bfg., bis 2 Mk. Bei dieser Bewegung konnten 54 Mann in Frage. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in Kaiser's Käse-Gesellschaft kamen beim Arbeiterverein um eine Lohnzuschläge ein. Die Firma kam dem Gesuch bereitwillig nach. Jeder Arbeiter erhält für ein Kind eine Zulage von 60 Bfg. die Woche, bis zum Höchstbetrage von 240 Mk. für 4 Kinder. Wenn ein unverheirateter Arbeiter oder eine Arbeiterin hilfsbedürftige Eltern zu unterstützen hat, so bekommen sie 9) Pfennige wöchentlich. Die Zulagen wurden von Dezember 1911 bis Ende März des Jahres 1912 gewährt, gewiß ein Geklagte wurde, daß die Bierfahrer und Mifahrer der Brauerei Schultze recht schlecht gestellt seien, als sie es waren, als in Breslau die Branerei nur eine Niederlage hatte. Die Verhandlungen hatten keinen Erfolg, da die Firma sich hauptsächlich nach dem Breslauer Tarif richtete. Die Geschäftsführer der Spiritus-Jenstraße errichteten eine Zulage von einer Mark pro Woche. Auf den Wägen wurde ein neuer Tarifvertrag bis 1. Oktober 1914 abgeschlossen, der den Aussehern und Arbeitern wesentliche Verbesserungen bringt. Die Organisation der Reifereuher hat sich neuerdings gut entwickelt und Tarife mit den Vermögensgegenständen abgeschlossen. Mit dem Warenhaus Messow und Waldschmidt ist ein günstiger Tarifvertrag zustande gekommen.

Bei einer näheren Betrachtung stellt sich heraus, daß überall da, wo die Handels- und Transportarbeiter gut organisiert sind, es möglich war, ihren Hilfe zu bringen. Bei den Expeditionen ist es herüber eine große Gleichgültigkeit; darum auch waren die Erfolge nur gering.

Erwerbslosenunterstützung wurden 7467 Mk. gezahlt, an frange Mittelüber 15.476 Mk. an Streik- und Gemahregelten-Unterstützung 1841 Mk., als Beerdigungsbeträge 1640 Mk. Im

## Stadt-Theater.

Mit Bezug auf die am 18. d. Mts. stattgehabte Nachmittagsvorstellung des „Barbier von Seville“, teilt Herr Oberinspektor Jossel aus Kattowitz mit, daß er die Rolle des „Graven Almaviva“ gänzlich unvorbereitet und unverhofft übernommen habe, nur um die Vorstellung zu ermöglichen. Auch war es dem genannten Herrn in der Kürze der Zeit nicht möglich, sich bezüglich der hier üblichen Etriche mit den betreffenden Faktoren zu verständigen. Unter solchen Umständen kam die Leistung nur dankbar anerkannt werden und seiner kritischen Würdigung unterworfen sein. Vielleicht ist es Herrn Jossel bald möglich, sich in einer anderen Partie, die ihn wohl vorbereitet antrifft, zu rehabilitieren. D. M.

## Aus aller Welt.

Leutnant und Schuhmann. Ein Aufsehen erregendes Urteil ist gestern vom Oberkriegsgericht in München gefällt worden. Uns wird darüber geschrieben: Am 18. Mai v. Js. ließ sich der Leutnant Friedrich Eberle vom 1. Fußartillerieregiment im Zentrum der Stadt im Härberggraben eine Ueberretzung der Straßenpolizeiverordnung durch Verunreinigung der Straße zuschulden kommen. Eberle hatte den ganzen Nachmittag mit einem Bekannten geknecht. Ueber das Gebahren des Offiziers, der sich überdies in Zivilkleidung befand, entrüsteten sich Passanten, und ein zufällig des Weges kommender Schuhmann stellte Eberle zur Rede und verlangte die Ausgabe seines Namens. Eberle verweigerte diesen unter beleidigenden Ausdrücken, worauf der Schuhmann den Leutnant für verhaftet erklärte und ihn auf die Polizeiwache führte. Unterwegs blieb Eberle plötzlich stehen, schlug, vermuldlich mit seinem Schlüsselbund, den Schuhmann mehrmals auf den Kopf und in das Gesicht, so daß er zusammenbrach. Als sich der Schuhmann wieder erhoben hatte, schlug ihn Eberle neuerdings zu Boden. Mit Hilfe eines weiteren Schuhmannes wurde Eberle dann auf die Polizeidirektion gebracht, wo er sich in reiner Weise den Beamten gegenüber benahm. Er bestand unter anderem, daß er keinen Stoch bei sich gehabt habe, sonst läge der Schuhmann jetzt draußen auf der Straße. Der Schuhmann erlitt nun Verletzungen am Kopf und im Gesicht, deren Folgen derartig bedenkliche sind, daß er auf ärztliches Gutachten hin vorläufig auf ein Jahr pensioniert werden mußte. Das Kriegsgericht verurteilte feinerzeit Eberle zu

einem Monat Gefängnis und fünf Mark Geldstrafe. Das Oberkriegsgericht hob dieses Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. Wahrend war dem Gericht das Gutachten eines Oberabsarztes, der sich dahin aussprach, daß Eberle, der erblich in nervöser Stimmung belastet ist, in pathologischem Krankheitszustand gehandelt habe und daß ihm deshalb der Schutz des § 51 des Reichsstrafgesetzbuches zugestimmt werden müsse. Hat der Oberabsarzt mit seinem Gutachten recht, dann ist der Offizier ein gemeingefährlicher Kranker und müßte mindestens aus dem aktiven Dienst entfernt werden, ehe er vielleicht seinen Untergebenen gefährlich wird. Dem der Offiziersberuf erfordert Selbstbeherrschung und festen Charakter, und die Soldaten können leider nicht wie die Schulleute, einen wildgehordenen Offizier zu ihrer eigenen Sicherheit verhaften.

Raubmord im Personenzug. Ein Fleischmeister aus Chalons sur Marne namens March, der sich auf der Rückreise von Dijon befand, wurde in einem Wagenabteil eines Personenzuges ermordet aufgefunden. Es liegt Raubmord vor, da March vollständig seiner Wertgegenstände beraubt war. Die Leiche lag auf der Bank mit zahlreichen Messerschnitten in Brust, Rücken und Kopf. Man will wissen, daß der Ermordete eine große Summe, ungefähr 5000 Francs bei sich trug, welche verschunden ist. Der Polizei ist es bereits gelungen, das Signalement der mutmaßlichen Täter ausfindig zu machen. Es handelt sich um drei Verbrecher. Der eine von ihnen verließ den Zug mit dem Billeit des Ermordeten. Es ist anscheinend ein Italiener, da er die französische Sprache mit einem stark italienischen Accent beherrscht. Das Signalement der anderen ist unbestimmt. Die drei Banditen sind in der Richtung nach Lyon entkommen.

Ein geisteskranker Polizeidirektor. Der Polizeidirektor von Toulon wurde plötzlich geisteskrank. Er besuchte den Marinepräkten und diktierte dem Admiral ein Testament, in dem er die Minister mit Legaten bedachte. Der Unglückliche wurde in eine Anstalt übergeführt.

Abwurf eines Rathausballons. Am Dienstag früh ist in Czernowitz der große Ballon des Rathauses herabgeschliffen. Nur dem Umstande, daß in der frühen Morgenstunde der Verkehr nur ein geringer war, ist es zu danken, daß bei dem Abwurf niemand verletzt wurde. Die Front des Rathauses weist zahlreiche Risse auf, so daß auf Anordnung der Sicherheitspolizei Stützen errichtet werden mußten.

Wier Kinder erstickt. Bei einem Stubenbrand erstickten vier Kinder einer Arbeiterfamilie in Köthen. Zwei andere Kinder sind an Rauchvergiftung schwer erkrankt.

Gochwasser auf der Elbe. Das Wasser der Elbe ist bei Magdeburg im raschen Steigen begriffen. Am Donnerstag Abend ist ein Höchststand von 3.20 Meter am Pegel in Torgau zu erwarten. Bei Magdeburg rechnet man mit einem Pegelstand von 2.70 bis 3 Meter.

Zeit Dienstag tot auf der See und auf der Unterelbe schwerer Südweststurm, der die nach der Winterpause kaum wieder aufgenommenen kleineren Schiffsahrt schwer gefährdet. Mehrere dieser Schiffe sind mit Havarien hier Schutz suchend eingelaufen.

Zuwelkenraub. Am Mittwoch früh kam mit dem Pariser Schnellzug der bekannte Juwelier Albert Levy in Wien an. Er führte eine Brieftasche mit Juwelen im Werte von einer Viertelmillion, sowie 3800 Mark in bar bei sich, an der besondere Sicherheitsvorrichtungen angebracht waren. Diese Brieftasche, die er in der Posttasche seines Rockes verwahrt, ist ihm auf der Fahrt von Salzburg nach Wien abhanden gekommen. Als er den Verlust bemerkte, fiel er in Ohnmacht. Wie der mysteriöse Diebstahl ausgeführt worden ist, ist vollkommen rätselhaft, auch von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Der rabiate Türke. Ein recht unangenehmer Gastgeber scheint der 29jährige Türke Nava Popovic zu sein. Er saß mit einigen Freunden in einer Wirtschaft in Kofra und lud sie zu einer Runde Bier ein. Der Arbeiter Dekar Debus, den der Türke ebenfalls zur Teilnahme aufforderte, wollte aber von dieser türkischen Gastfreundschaft nichts wissen und schlug die Einladung rundweg ab. Das empörte den Türken dermaßen, daß er keinen Revolver zog und nach Debus schob. Er traf ihn in der Leistengegend und Debus starb an den Verletzungen. Das Schwurgericht verurteilte den Türken wegen Körperverletzung mit nachgefolgten Tode zu 4 Jahren Gefängnis.

Mörderischer Mordfall auf einem Zwiseher in Zürich. Am Dienstag, nachmittags gegen 1 Uhr, wurde in Zürich auf einen Juwelier in der Bahnhofstraße ein Raubmord verübt. Ein Fremder trat in den Laden, um einen Ring zu kaufen. Als der Juwelier ihm den Gegenstand vorlegen wollte, zog das Individuum plötzlich ein scharfes Messer hervor, und brachte dem Juwelier eine schwere Wunde an der Kehle bei. Trotzdem gelang es dem Ladenbesitzer, um Hilfe zu rufen. Der Verbrecher ergriff daraufhin die Flucht, es gelang jedoch, ihn in der Nähe des Bahnhofs zu stellen, da Passanten auf die Hilferufe des Juweliers sofort die Verfolgung aufnahmen. Der Verbrecher wurde der Polizei überliefert. Bei einer Untersuchung fand man einen Revolver in seiner Tasche.

Neue Liebe. Von einem langen Brautstande wissen Elbinger Wälder zu erzählen. Ueber 30 Jahre ist der jetzt







# Für unser Gewerkschaftshaus,

seinen Ausbau und seine Verschönerung sind in den letzten Tagen wieder ausführliche Beiträge angekündigt worden. So hat zunächst die Zahlstelle Breslau des Verbandes der Zimmerer beschlossen, pro Mitglied sechs Mark zu zahlen und die Garantie für

## 3500 Mark Beitrag

zu übernehmen. Der Vorstand des Mühlen- und Brauereiarbeiter-Verbandes teilt ferner mit, daß die Zahlstelle Breslau sich mit einem Beitrag von

## 7500 Mark

an den allgemeinen Verpflichtungen beteiligen wird. Solche erfreuliche Beschlässe fördern die Aussicht unseres Neubaus ganz erheblich, die „kleinen“ Zahler aber, die 5 Mark-Anteilnehmer, welche in die große Mehrheit unserer Genossen ausmachen, brauchen sich dadurch nicht abschrecken lassen. Auch ihre Anteile zahlen mit und wir bedürfen ihrer nötig, um zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Der Sparverein Groß-Moschorn hat den Beschluß gefaßt, in den nächsten Tagen

## 1000 Mark

bei dem Gewerkschaftshaus anzulegen und dadurch den ähnlichen Vereinen ein gutes Beispiel zu geben. Ohne diese Beiträge sind bis zum 28. Februar

## 37.410 Mark

gezeichnet, alles zusammengerechnet und die Beträge der Malter und Metallarbeiter dazugezählt dürften also

## 99.100 Mark

zusammenkommen. Es fehlen also nur noch 600 Mark zu 100.000 Mark, das können wir mit frischem Mutte die nächsten 60.000 Mark, die noch nötig sind, zusammenbringen. In allen Konsumlägen des Konsumvereins „Vorwärts“ sind von heute an Sammelkarten und Marken für das Gewerkschaftshaus zu haben, was die Mitglieder dieses Vereins beachten wollen.

Für das neue Haus liegt bereit eine Anregung für eine eigenartige Erinnerung vor. Um das Zeitalter zu kennzeichnen, in dem es erbaut wurde, wir für eines der großen Zimmer ein Bild in Riesenabmessungen vorgehängen, in dessen gewaltigem Rahmen die Hunderte von Kranzschleifen zusammengestellt werden, die verstorbenen Kämpfern gewidmet waren, auf die die heilige Flamme es abgelesen hat, die aber vor Holzgehänden rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden konnten. Wir überweisen den Vorschlag der Lokalkommission zur Ermäßigung.

**Der Gasausschuß** der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung hat Mittwoch in dreistündiger Sitzung folgende Einzelhaushaltpläne vorläufig festgesetzt: Gartenverwaltung, Parkanlagen, Spielplätze, statistisches Amt, Marktweien, Viktor Friedländer'sches Institutshaus. Die Antzäge des Städt. Fern- und zwanzig anderer Stadtverordneter, den Preis für Leuchtgas von 18 auf 16 Pfg. herabzusetzen, oder die Gasmesermiete aufzuheben, wurden abgelehnt; dagegen beschloß der Ausschuß, den Magistrat zu ersuchen, einen Tarif vorzulegen, der die Gasmesermiete in Prozenten des Gasverbrauchs berechnet. Der Ausschuß empfiehlt auch nach dem Antrage des Magistrats, zu zweimonatlichen und dreimonatlichen Rechnungen mit den Verbrauchern von Gas, Wasser und Elektrizität überzugehen und für später das Bring-System wie bei der Steuer in Aussicht zu nehmen.

**Die Gewerbegerichtsbeisitzer** werden hiernächst noch besonders auf die Sitzung am Freitag abend aufmerksam gemacht.

**In einer Zattler-Versammlung** am 21. Februar hielt der Hauptvorsitzende des Zattler-Verbandes, Kollege Klum aus Berlin einen längeren Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Berufsgehilfen. Die Arbeitszeit betrage oft 6 bis 7 Stunden wöchentlich, besonders in der Bekleidungsbranche, wo viele Kollegen noch auf und Wohnung beim Meister haben. Sogar in der Zeit der Winterkälte, wenn die Löhne meist sechs Mark wöchentlich bei Kost und Wohnung sind, nicht Zehntel mehr verdienen im ganzen nur 10 bis 12 Mark. Einmal bessere Löhne haben die Kleinstzattler, denen ein Anfangslohn von 35 Pfg. gezahlt wird. Jeder Kollege mußte einsehen, es kann für uns alle besser werden, wenn eine neue Organisation der Unternehmer zum Bewußtsein bringt, daß auch die Arbeiter menschenwürdig leben wollen. Jetzt haben die Arbeiter mit den Kollegen oft ein leichtes Spiel und geben ihnen an Lohn, was ihnen beliebt. Wo anders sei es dort, wo die Zattler einig vorliegen. Nicht weniger als 81 Lohnbewerber in Deutschland im Jahre 1911 haben festgestellt, daß es vorwärts geht, wenn nur die Kollegen ihren Mann stellen. Der Vortrag des Hauptvorsitzenden wurde sehr beifällig aufgenommen. In der Aussprache wandten sich die Redner entschieden gegen jede weitere Beitragserhöhung und empfahlen die Staffelleistungen. Ferner wurde veranlaßt, der Gewerkschaftsrat in Görtz soll wieder nach Breslau überföhren, weil es sehr vorteilhaft sei, am Orte einen unabhängigen Kollegen zu haben. Als Vertreter zur General-Versammlung in München wurde Kollege Neubert vorgeschlagen. Der Vorsitzende forderte noch dazu auf, die Marken für den Aufbau des Gewerkschaftshauses recht fleißig zu kleben.

**Vereinigung des Breslauer Orchester-Vereins und der Breslauer Sing-Akademie.** Nachdem die Herren Gluck eine Weile aktivistisch von den Bühnen verschwunden waren, hat sich seit 1904 in Frankreich und Belgien eine Bewegung zugunsten der Meistersänger „Alceste“, „Armida“ und der beiden „Johannisten“ geltend gemacht. In Deutschland hat man sich bemächtigt, „Armida“ in einer beachtenswerten Neubearbeitung durch Herrn v. Siffen für Wiesbaden zurückzuerobieren, allenfalls gelegentlich seine beiden herrlichen Opern „Der betrogene Rasi“ und die „Malerin“ auf den Theatertafeln zu setzen. Die Experimente, die man mit den anderen Opern vereinigt gemacht hat, scheiterten zumeist an der unzulänglichen Uebersetzung. Bei Gluck werden ebenso wie bei Wagner die musikalischen Bewegungen genau durch den Fall der Melodie und der Rhythmus gefördert und der Umstand, daß ein Richard Wagner sich angelegentlich mit der Bearbeitung der „Phäonie in Aulide“ befaßt hat, sollte den Theaterdirektoren ein Hinweis sein, wenigstens hin und wieder ihre Aufmerksamkeit auf jene Oper zu lenken. Freilich kann man den „Orpheus“ heute schwerlich zu jener Kategorie rechnen, die sich durch die Bühne von selbst lösen. Nicht der „Orpheus“, sondern die „Alceste“ ist die Reformoper, in der die Arie durch die Szene abgelöst wird. Das Schematische im „Orpheus“ rückt ihn in den Kontrast zu klüßigen; aber auch hier hat es sich am Mittwoch gezeigt, daß der Zahn der Zeit hart an ihm genagt hat. Die Schwächen traten umso mehr hervor, als die Ausführung — von Chor und Orchester abgesehen — durchaus nicht von jener Höhe war, die für Gluck unerlässlich ist. Für Frau Klona Durigo war Kl. Leubheider eingetreten, um den „Orpheus“ zu singen. Die Künstlerin ist hier als tüchtige Soubrette sehr geschätzt. Diese Partie lag ihr aber zum

# Heute abend im Gewerkschaftshaus Protestversammlung gegen die Breslauer Polizei.

Teil zu sein, auch klug die Wiedergabe oft recht untreu, wenn auch im ganzen der Stil gut getroffen war. Die Eurydice war Frau Westhörd (Frankfurt a. M.) übertragen worden. Die Stimme ist meiner Ansicht nach ein Mezzosopran, dessen Höhe nicht leicht genug anbricht und dessen Mittellage wenig voluminös ist. Damit ist Gluck's Arien nicht geeignet. Noch weniger sagte mir Frä. Bückisch in der kleinen Partie des Amor zu. Abgesehen davon, daß dem Text fast gar nichts zu verstehen war, klug alles so verflüchtigt und verflüchtigt, daß von dem klaren Sinn des Liedes nichts mehr übrig blieb. — Das Publikum schien ziemlich abgelenkt, besonders aber zum Schluß lebhaften Beifall.

**Operantokursus für Jugendliche.** Die Arbeiter-Eperantien-Gruppe will jetzt, ermutigt durch die bisher erreichten Erfolge, einen besonderen Kursus für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen veranstalten. Der Kursus beginnt Sonntag, den 3. März, vormittags 9 Uhr im Jünger-Gymnasium. Der Unterricht ist kostenlos. Der Preis des Lehrbuchs beträgt 60 Pf. Alle Arbeiterkinder werden gebeten, ihre Kinder auf diese Bildungsgelegenheit hinzuweisen. Der Vorstand der Arbeiter-Eperantien.

**Selbstmordversuch einer Schülerin.** Am Mittwoch nachmittag hat sich die zwölf Jahre alte Schülerin Emma H. von der Werdertstraße aus Furcht vor Strafe in die Ober geworfen, um sich das Leben zu nehmen. Die Verletzung mit dem kalten Wasser hat sie aber doch so erschreckt, daß sie laut um Hilfe schrie. Einigen Männern, die ihre Hilfe zu hören, gelang es, das Mädchen mit Stangen und Klauen aus dem Fluß zu ziehen, worauf man es zu ihren Eltern schaffte.

**Umgefahren und schwer verletzt** wurde am Dienstag nachmittag 4 1/2 Uhr in dem Grundstück Koszovstraße 10 die fünfjährige Tochter Hilda des dort wohnhaften Forstföhrers Sch. Das Mädchen kam gerade in dem Augenblick die Treppe herunter und lief in den Hof, als ein beladener Holzwagen in den Hof einfuhr. Das Kind lief gegen den Hinterräder, wurde von einem Rade erfaßt, umgeworfen und erlitt schwere Quetschungen an den Beinen.

**Schwerer Straßenbahnunfall.** Die Magistratebeamtin Helene T. verunfallte am Mittwoch um 6 1/2 Uhr nachmittags auf dem Königsplatz, als sie dort einen Straßenbahnwagen der Mittelbahn besteigen wollte. Sie glitt vom Trittbrett ab, stürzte und blieb hilflos auf der Straße liegen. Mitleid Drohste wurde sie in das Allerheiligen-Hospital geschafft, wo der Arzt einen Unterschenkelbruch feststellte.

**Feuer in einer Blechwarenfabrik.** Am Mittwoch mittag kurz vor 12 Uhr wurde die Feuerweh nach Dammstraße Nr. 2 gerufen. Hier war in der im zweiten Stock befindlichen Lackieranstalt der Blechwarenfabrik von Speer u. Schwarz auf bisher unaußersichtliche Weise Feuer entstanden, das sich überaus schnell und explosionsartig verbreitete. Unter dem lauten Schreien der Arbeiter befand sich ein Rohr, in das flüchtige Gasen und dergleichen geschüttet werden. In diesem Rohr muß auf irgend eine Weise das Feuer entstanden sein. Es verbreitete sich sofort auf die mit Leinwand getränkten Arbeiterhosen, Schürze, sowie auf die Farben- und Leinwandtücher. Als die Wehr eintraf, stand bereits das ganze Innere des Raumes in hellen Flammen. Sie führte sofort einen vom Fundament gespeisten starken Schlauch über die Haus-treppe zum Brandherd und es gelang so, das Feuer in einer knappen halben Stunde zu löschen. Die Aufräumungsarbeiten nahmen die Wehr noch eine weitere halbe Stunde in Anspruch.

**Die Präfektur** ist bei dem Verlede des Fuhrwerksbesitzers Wlady in Gröblich, Dorfstraße 22, erloschen.

**Gewunden** wurden eine Boa, eine Anzahl Brismarfen, eine Damenuhr, ein Vincenz, eine Brille, zwei Portemonnaies mit Inhalt, ein Futteral mit Schreibmaterial, ein Fahrrad, eine Gasrohrmaße, ein Papierbeutel enthaltend Krautwurzeln und Zerkentlicher, fünf Haarpöpsel, eine silberne Damenuhr und eine Zigarettenkassette. In ertragen im Fundbüro des Polizei-Präsidiums.

## Eingefandt.

(Unter dieser Rubrik verständigen wir diejenigen Anzeigen aus unterm Beirichte, für die wir mit der preisgünstigsten Veranmerkung übernehmen.)

**Zur Abschaffung von Schiefertafel und Griffel in den Breslauer Volksschulen** möchte ich folgendes bemerken: Das, was erreicht werden soll, wird nicht erreicht werden, weil ein Kind von sechs Jahren nicht fingerfertig genug ist. Da nicht auch der Federhalter nicht, der das Binden von Schwächlingen nicht verhilft, besonders wenn die kleinen Hände ermüdet sind. Es kommt folgendes hinzu: Wie viel Schreibmaterial wird von dem Voo-Schüler „verrauscht“ werden, wie viel Federen werden sie zerbrechen, wie viel Kleider mit Tinte beschmutzt und wie oft Verletzungen erleiden. Das ist bis jetzt noch gar nicht zu übersehen. Sehr oft werden die Feste voller Hieroglyphen sein und halbvoll brüchig gelöst werden. Der Vater einer zahlreichen Familie wird häufig Schreibhefte kaufen müssen, die vollständig zerfallen sind, und so manche Mutter wird bei Tochter umsonst laubere Schürzen und Kleider anschauen, denn die Tintenflecken nehmen kein Ende. Die Eltern haben also von der neuen Anordnung nur Verger und Ausgaben. Um eine gute Haltung des Griffels zu ermöglichen, wäre ein Korbbelag am Schiefertafel anzubringen, wie er bei Federhaltern oft zu sehen ist. Damit ist die Schwierigkeit behoben. Der Griffel hätte durch den Korbbelag die Stärke eines Federhalters und seine bequeme Haltung wäre gesichert.

Anmerkung der Redaktion. Der Schreiber steht zu schwarz. Bewis, auch die Federhaltung wird den Eltern anfangs nicht leicht werden, zumal die Spitze Feder oft prägen und die Feste mit Tintenklecken beschmutzen wird. Aber aller Anfang ist schwer und bald wird die Kleider überwinden sein. Im übrigen können wir allen Eltern mit mehreren Kindern nur empfehlen, bei den Kleider um freie Lernmittel zu erfragen, die ihnen nach den Erklärungen des Magistrats ohne weiteres bewilligt werden. Die Lieferung von Wüchern, Festen und so weiter wird keinem Vater als Armen-Unterstützung angerechnet; niemand verliert etwa dadurch sein Wahlrecht. Auf jeden Fall ist es ein Fortschritt, wenn auch die Kinder in den Volksschulen sofort an das Schreiben mit Tinte und Feder geübt werden, und alle Eltern sollten die Schule bei Durchführung dieses Fortschrittes unterstützen.

## Neueste Nachrichten.

### Die ersten Wahlprüfungen.

Berlin, 28. Februar. Am nächsten Dienstag beginnt die Prüfung der einzelnen Wahlen. Hierfür sind zunächst 21 Mandate auf die Tagesordnung gesetzt, deren Gültigkeit besonders stark angefochten ist, und bei denen sie von einer nicht erheblichen Anzahl von Stimmen abhängt. In welcher Reihenfolge die einzelnen Wahlen in der Kommission zur Verhandlung kommen, hängt davon ab, wie weit die Referenten und Korre-

renten, die für jedes Mandat mit der Vertretung beauftragt werden, damit fertig sind. Die zunächst zur Erledigung kommenden 21 Mandate sind folgende: 1. Dr. Weder (Hessen, Wils) — Referent Dr. Mannmann-Eosler (Hesssch. Vpl.), Korreferent Dr. Luard (Stenburg, Rast.). — 2. A. Siffen (Baden, Rast.). — 3. Dr. K. a. e. m. j. (Berlin I, Präsidents). — 4. Haupt (Niederschles., Sos.); 5. Pauli (Sachsen, früher Potsdam, Rast.); 6. v. Salem (Sachsen, Rst.); 7. v. Liebert (Potsdam I, Rst.); 8. Rudolph (Niederschles., Rast.); 9. Dr. Erdmann (Darmstadt, Sos.); 10. Zentelburg (Sachsen, Rast.); 11. Dunajski (Niederschles., Rst.); 12. Colshorn (Niederschles., Rst.); 13. Graf Carmer-Hieserwiz (Breslau-Land, Rast.); 14. Dietrich (Niederschles., Rast.); 15. v. Pollo (Sachsen-Sprottau, Rast.); 16. Meyer (Sachsen, Rast.); 17. Falter (Niederschles., Rast.); 18. Graf Westary (Niederschles., Rast.); 19. Rother (Sachsen, Rast.); 20. Brandes (Sachsen, Sos.); 21. Dr. Blund (Sachsen, Rast.). Unter den 21 zunächst der Prüfung unterliegenden Mandaten befinden sich demnach 6 Konteraktive, 1 Nationalliberale, 3 Sozialdemokraten, 2 Wilsbe (einschließlich des Präsidenten Dr. Raamp) und je 1 fortschrittliche Volkspartei, Zentrum, Pols und Wilsbe.

### Zur Bewegung der englischen Bergarbeiter.

Aus London wird uns telegraphiert: Das Gericht, daß die Regierung entschlossen sei, den Minimallohn für den Bergbau gesetzlich einzuföhren, falls es zu keiner Einigung kommen sollte, und von den Grubenwirtschaftern unternehmer zeitweilig Besitz zu ergreifen, wird von maßgebenden Personen als glaubwürdig hingestellt. Wenigstens ein einflussreicher Minister tritt für die Maßregel ein. Man glaubt, daß es die Lords nicht wagen würden, eine schnellstens zu erledigende Minimallohnvorlage zu verwerfen. Der Streit läßt sich jetzt auf keinen Fall mehr vermeiden. Immer größere Massen legen die Arbeit nieder. Die Leute sind nicht mehr zu halten.

### Die Vorschläge der Regierung.

London, 29. Februar. Gestern Abend wurde offiziell angekündigt, die Regierung habe den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern folgende Vorschläge vorgelegt: Es sei der Regierung klar, daß die Bergarbeiter aus Gründen, über die sie keine Kontrolle hätten, nicht immer einen billigen Minimallohn verdienen könnten. Der Regierung sei ferner klar, daß die Möglichkeit, einen solchen Minimallohn zu erwerben, um angemessene Verhältnisse zu schaffen und sich gegen jeden Mißbrauch zu schützen, für jeden Distrikt speziell arrangiert werden muß. Die Regierung sei bereit, den Parteien zur Ausführung dieser Beschlüsse durch Direktorenkonferenzen unter dem Vorsitz eines Regierungsbeamten zu helfen. Das Resultat ist, daß die Regierungsvorschläge im ganzen von 60 Prozent der Grubenbesitzer des Vereinigten Königreiches angenommen worden sind, während knapp vierzig Prozent ihnen noch ablehnend gegenüber stehen. Die Abberation der Grubenbergarbeiter hat gestern folgenden Beschluß gefaßt: Sie wiederhole ihren am 17. dieses Monats gefaßten Beschluß, es könne keine Einigung erfolgen, außer, wenn das Prinzip eines Minimallohnes von den Grubenbesitzern gewährt würde. Sie seien noch bereit, mit den Grubenbesitzern zur Veranlagung der Minimallohnvorlage zusammenzutreffen. Sie stimmten ferner in den ersten beiden Punkten den Regierungsvorschlägen zu.

London, 29. Februar. Der englische Ministerpräsident Asquith hat gestern eine Unterredung mit dem Könige. Es heißt, daß Asquith entschlossen sei, bis morgen Abend bereits eine endgültige Antwort beider Parteien abzuwarten. Sollte zwischen beiden Parteien eine Verständigung nicht zustande kommen, so soll der englische Kabinettschef fest entschlossen sein, im Unterhause einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Minimallohn der Bergleute festsetzt.

London, 29. Februar. In Scherfeld haben Arbeiter mehrere Eisenbahnzüge aufgehalten. Man hofft, daß weitere ernste Ereignisse eintreten, wenn heute nicht eine Verständigung zustande kommt. Gestern Morgen feierten bereits 162.000 Grubenarbeiter. Am Montag waren weitere 100.000 Arbeitskontrakte abgelaufen und inzwischen dürfte sich die Zahl der Streikenden bereits auf über 250.000 belaufen.

### Der Kampf im Schneidergewerbe.

Berlin, 29. Februar. (D. Z. M.) Heute abend legen in Berlin, München, Köln, Hamburg, Dresden, Frankfurt a. M. und einer ganzen Reihe kleinerer Städte die Schneider die Arbeit nieder. Für Berlin allein kommen rund 5000, für das gesamte übrige Deutschland reichlich 15.000 streikende Schneider in Betracht. Aller Voraussicht nach wird der Streit aber in Berlin selbst nur kurze Zeit dauern, da hier in den Kreisen der Arbeitgeber Differenzen entstanden sind, die es der Streikenden schneller und leichter ermöglichen dürften, ihre Ziele zu erreichen. Der Arbeitgeberverband der Berliner Schneider hat schließlich beschlossen, Vergleichsverhandlungen mit den Streikenden einzuleiten.

### Die streikenden Tagemeterführer im Ministerium.

Paris, 29. Februar. Der französische Kabinettschef Poincaré empfing gestern eine Abordnung der streikenden Tagemeterführer. Derselbe Abordnung war vorher auch vom Justizminister empfangen worden. Beide Minister nahmen Kenntnis von den Klagen der Ausständigen und versprochen, so weit es in ihrer Macht stehe, ihnen zu helfen und zu intervenieren.

### Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Bresl. Ditzelt d. l. W. G. + 8 Min.	27. Februar	28. Februar	29. Febr.
	Min. 2 Uhr	Min. 2 Uhr	Min. 2 Uhr
Lufthöhe (C) . . .	+9.7	+6.5	+6.9
Luftdruck (mm) . . .	750.2	753.2	751.1
Barometer (mm) . . .	6.1	6.9	6.2
Zunehmigkeit (%) . . .	7.1	9.8	9.5
Wind (0-12) . . .	SW 2	SW 3	SW 4
Wetter . . .	bedekt	bedekt	wolfig

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 5.80. Gestern vormittag und nachmittag bis abends starker Regen.

\*) Zur Reduktion auf Meeresspiegel sind 13,1 mm hinzuzufügen.

### Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Wasserstand in Meter über Meeresspiegel	Wasserstand in Meter über Meeresspiegel	Wasserstand in Meter über Meeresspiegel	Wasserstand in Meter über Meeresspiegel	Wasserstand in Meter über Meeresspiegel	Wasserstand in Meter über Meeresspiegel	Wasserstand in Meter über Meeresspiegel	Wasserstand in Meter über Meeresspiegel
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
29. 2. 1913 11.48   12.87	0.06   3.30   2.79   5.14   3.52   2.78   2.51   3.36	0.48   2.75   2.87					
28. 2. 1913 11.40   2.89	0.10   9.86   10.53   8.94   16.12   9.85   4.61	0.84   3.24   3.40					
Wasserstand 11.48   12.87	0.42   2.48   2.07   4.07   2.98   1.68   1.56   5.01	0.14   1.88   0.46					







## Deutscher Reichstag.

15. Sitzung, Mittwoch, den 28. Februar, vormittags 1 Uhr.

Vom Bundesratsmitglied: Dr. Delbrück.

Zunächst werden durch Juruf die Abgg. Dr. Südekum (Soz.), Erberger, (Zentr.), v. Winterfeld (konf.), Zimmermann (natl.), Dove (W.) und Dombek (Volk.) zu Mitgliedern der Reichsschuldenkommission gewählt. Sodann wird die zweite Lesung des Etats begonnen beim

### Reichsamt des Innern.

Abg. Wurm (Soz.): Das Reichsamt des Innern umfasst ein so riesengroßes Gebiet, das von der Maul- und Klauenseuche bis zum Weingeseh reicht, das man erwarten muß, daß das Reichsamt für die Sozialpolitik ein eigenes Reichsamt bekommen sollte, das all die Aufgaben umfassen müßte, die immer dringender an uns heranrücken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unter Gesichtspunkt gemäß wird beim Titel Staatssekretär die Sozialpolitik in weitem Umfang erörtert. Dafür liegt diesmal umföhrer Grund vor, als die Sozialpolitik eine Erwähnung in der Thronrede gefunden hat allerdings in einer Weise, die zeigt, daß das, was in den Januarreden gefehlt ist, noch nicht die rechte Wirkung im Reichsamt des Innern gefunden hat oder wenigstens nicht das richtige Verständnis gefunden hat. Denn in der Thronrede heißt es, daß der soziale Geist, aus dem die Reichsverfassung hervorgegangen ist, auch für die Zukunft maßgebend sein wird. Mit dem sozialen Geist sind aber Millionen Massen des arbeitenden Volkes durch und durch zufrieden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Sie haben deutlich genug protestiert gegen die Verschlechterung, die die Reichsverfassung gebracht hat, gegen die mangelhafte Verbesserung. Man muß sagen, daß auf diesem Gebiet, wie auf allen anderen ein

### Stillstand der Sozialreform

ja sogar eine Verschlechterung eingetreten ist, sodaß es sogar wunderbar erscheint, daß die Massen nicht in stärkerem Maße noch ihren Unwillen gegen diese Mißwirtschaft Ausdruck verliehen haben. (Sehr richtig! bei den Soz., Unruhe rechts und im Zentr.) Die Herren vom Zentrum sind sich darüber sehr klar, welchen Einfluß die Sozialreform und ihre Weiterführung auf die Zusammenlegung des Reichstages haben. Ich erinnere daran, daß einer der Herren vom Zentrum, der frühere Abgeordnete Trimborn, bereits 1907 gesagt hat, daß der Stillstand auf sozialpolitischem Gebiet der sicherste Weg sei, um der Sozialdemokratie zu ihrer alten Stärke zu verhelfen. Das war 1907, nachdem wir „niedergeritten“ waren. Da die Reichsverfassung nun nicht bloß ein Stillstand, sondern sogar eine Verschlechterung ist, sind wir in noch größerer Zahl hierher gekommen, als früher. Es hat sich auch erfüllt, was Herr Trimborn damals sagte, daß der Einwand einen Schein von Berechtigung bekomme, daß ohne den Druck einer sozialdemokratischen Partei es sozialpolitisch nicht vorwärts gehe. Nur täuschte sich Herr Trimborn darin, daß es nicht Schein, sondern Wirklichkeit ist. Alle Sozialreform stammt von der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz., Widerspruch rechts und im Zentrum.) Es gibt keine Sozialreform weder hier noch in der ganzen Welt ohne Sozialdemokratie. (Erneuter Widerspruch rechts, Zustimmung bei den Soz.) Das Sie (nach rechts), damit nicht einverstanden sind, das ist ja noch aus den Wahlen in beider Erinnerung. In alten Flugblättern hieß es, die Sozialdemokratie wolle keinen Arbeiterschutz, sie wolle die Verelendung der Massen. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Sehr richtig! bei den Soz.) Auch der Staatssekretär hat im Vorjahre das selbe behauptet, was in den Flugblättern stand, daß alle sozialpolitischen Werke überwiegen

### ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie

zurückgekommen seien. (Erneuter Sehr richtig! rechts. Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Nun, es gäbe nicht eine Spur von Sozialreform, wenn nicht der Sozialismus geboren worden wäre. (Stürmischer Beifall bei den Soz.) Der Sozialismus ist hervorgegangen aus dem Streben der Arbeiterklasse, sich das Recht auf Leben zu erobern. Brauche ich Sie, die Sie die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands und anderer Länder kennen müssen, erst daran zu erinnern, wie überhaupt die Sozialpolitik entstanden ist? Wie die Großindustrie und der Großkapitalismus, als sie ihren Triumphzug im 17. Jahrhundert in England, im 19. Jahrhundert in Deutschland hielten, erbarungslos die Massen der Arbeiter verelendeten, Frauen und Kinder ohne Erbarmen ausbeuteten? Muß ich daran erinnern, daß schließlich in Preußen nicht das Vorgehen, das Unternehmern, sondern die Militärbehörde Angst bekamen und an die Regierung schrieb: Wenn nicht bald Einhalt getan wird mit der rücksichtslosen Verelendung der Volksmassen, können wir

### keine Meuten mehr nach Berlin

schicken. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Arbeiterschutz und Sozialdemokratie sind zur selben Stunde geboren worden, das heißt die Klassenbewußte Organisation der Arbeiter. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Denn solange es nur Menschen und keine Meuten waren, die aus gutem Herzen für das Wohl der Arbeiter eintreten — ich erinnere an den großen Engländer Owen — wurden sie verachtet und verhöhnt. Wenn sie etwas durchsetzen wollten, war es nicht möglich, weil keine Macht hinter ihnen stand. Erst als in England die Arbeiter politisch sich betätigten, als die Chartistenbewegung einsetzte, erst dann kam der 12-Stunden-Tag, kam der 10-Stunden-Tag. In Deutschland war genau dasselbe der Fall. Geredet ist viel worden von Arbeiterschutz, aber getan wurde erst etwas von der Minute ab, wo in den Parlamenten des Deutschen Reiches Sozialdemokraten einzogen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aus dem Gedanken des Sozialismus heraus entspringt der Arbeiterschutz. Das ist der Gedanke, dem Marx Ausdruck verlieh in den Worten des „Kapitals“: „Zum Schutz gegen die Schlinge ihrer Qualen müssen die Arbeiter als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges Gesetz, das sie hindert... sich selbst in den Tod und die Sklaverei zu verkaufen.“ Der Arbeiterschutz muß auch gegen den Arbeiter eingeführt werden, zu seinem eigenen Vorteil. Denn er wird durch den Kampf um das tägliche Brot so verelendet, daß er vor sich selbst nicht mehr Respekt hat und sich auspressen läßt, um nicht verhungern zu müssen. Wo sind denn die Taten oder auch nur die Worte von Sozialreform innerhalb der politischen Welt, bevor es eine Sozialdemokratie gab? (Sehr richtig! bei den Soz.) Sobald es eine Sozialdemokratie gab, war es das erste, daß sie sich international betätigte. Dazu führte die Erkenntnis, daß es in allen Ländern notwendig gehen müsse, daß gemeinschaftliche Vereinbarungen notwendig sind. Deshalb hat bereits im Jahre 1866 der erste internationale Arbeiterkongress in Genf die gesetzliche Feststellung des Arbeiterschutzes und den Schutz für Frauen und Kinder verlangt. In der Stunde, in der in den Norddeutschen Reichstag die Sozialdemokraten einzogen, wurde im Jahre 1867 ein Arbeiterschutzgesetz entworfen, das 47 Paragraphen enthielt. 1877 wurde ein großer, sorgfältig von ihnen vorbereiteter Antrag auf gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit und des Schutzes der Frauen und Kinder ausgearbeitet.

### Sie rühmen den kaiserlichen Erlaß.

bloß Sie haben nicht darnach. (Lebh. Beifall bei den Soz.) Und wie sind denn die kaiserlichen Erlasse zustande gekommen? Wer hat darauf hingewiesen, daß eine internationale Verständigung auf diesem Gebiete stattfinden müsse? Die Sozialdemokratie durch ihre Kongresse. 1866 in Genf und

1889 in Paris. Unter dem frischen Eindruck dieser weltbewegenden Tatsache, daß sich Arbeiter aller Länder zusammenschlossen, um gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten, konnte dann auch der kaiserliche Erlaß von 1890 nicht umhin, zuzugeben, daß die Sozialdemokraten, die Arbeiter es waren, die den Weg gewiesen haben. In dem Erlaß heißt es: „die Bestrebungen, über welche die Arbeiter aller Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führten“. (Hört, hört! bei den Soz.) Damals war ja international noch nicht wie heute nach Herrn von Bethmann-Hollweg gleichbedeutend mit antinational. Damals besuchte auch die deutsche Regierung internationale Kongresse, es wurde der Grundstein gelegt zu dem internationalen Arbeitsamt in Basel. Heute bewilligen Sie ja im Etat 8000 Mark Zuschuß für dies internationale Arbeitsamt, das eine sehr nützliche, leider sehr wenig erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Dieser mangelnde Erfolg beweist eben, daß solche Bestrebungen nicht helfen, wenn nicht eine Macht hinter den Forderungen steht. Das sind die Organisationen der Arbeiter. Also die Behauptung, daß wir nicht Arbeiterschutz wollen, fällt vor der Geschichte in ein Nichts zusammen. Deswegen brauchen wir Ihnen nicht erst zu sagen, daß wir praktisch mitarbeiten wollen, umgekehrt, wir haben Sie aufzufordern,

### daß Sie endlich mit uns praktisch mitarbeiten

(Sehr richtig! bei den Soz.), endlich die Zustände ernsthaft prüfen, auf die wir hinweisen und die wir Ihnen mit Begeisterung befehlen, welche wir aus Ihrem eigenen Lager holen, aus Veröffentlichungen der von Ihnen gewählten Beamten; aus amtlichen Enquêtes; Tatsachen, die nicht abgeleugnet werden können, die man aber ruhig weiter bestehen läßt, weil eben die Macht der Arbeiter noch nicht groß genug ist, um mehr zu erlangen.

Natürlich das Papier ist geduldig, Anträge haben Sie ja in großer Zahl eingebracht und wir werden ja sehen, wie weit das gemeintene Arbeiten mit uns geht. Auf dem Standpunkt, den man uns vorwirft, daß wir sagen: „Alles oder nichts“ haben wir nie gestanden. (Gelächter rechts. — Sehr richtig! bei den Soz.) Wir haben nie ein Befehl abgelehnt, weil es nicht die Erfüllung all unserer Forderungen brachte, sondern wir haben nur die Arbeiterschutzgesetze abgelehnt, die gleichzeitig Verschlechterungen brachten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Wir werden uns hüten, für das Zivilgericht irgend einer kleinen Verbesserung einen großen Teil der Verschlechterungen in Kauf zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir stehen viel zu sehr auf dem Boden der historischen Entwicklung als daß wir nicht wüßten, daß nicht mit einem Schlag alles durchgeführt werden kann. Wir haben auch nie bestritten, daß wir im Deutschen Reich, gerade weil es hier eine starke sozialdemokratische Partei gibt, in der Sozialpolitik weiter gekommen sind, als alle anderen Länder. Ich habe das selbst 1901 gegenüber dem Grafen Pöschmann von dieser Stelle aus hervorgehoben, daß wir unseren Brüdern in anderen Ländern das zum Muster vorgehalten und ihnen sagen: Macht es so wie wir, organisiert Euch.

### bildet eine starke politische Partei,

dann werdet Ihr auch etwas erringen! Aber was geschehen ist, ist noch viel zu wenig. Das aber das, was geschehen ist, unendlich viel dazu beigetragen hat, um Deutschland vor der Verelendung zu schützen, haben auch unsere Gegner anerkannt. So haben 1903 die konservativen „Grenzboden“ geschrieben: „Der Sozialdemokratie verdanken wir es, daß wir heute noch ein kampffähiges Volk haben. Ohne die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hätten wir keine Arbeiterschutzgesetze, wären die Löhne unter das Existenzminimum gesunken. (Hört, hört! bei den Soz.)“ Und der Zentrumsabgeordnete Dörge hat in seinem Buch über Sozialpolitik zugegeben, daß es erst der sozialdemokratischen Agitation bedurfte, daß neben all den Gesetzen im Interesse der bestehenden Klassen nebenbei auch einige Gesetze für die Interessen der Arbeiter geschaffen wurden. (Hört, hört! bei den Soz.) Und ein freisinniger Abgeordneter hat in der heftigsten zweiten Kammer erklärt: „Den Anteil der Sozialdemokratie an der Verbesserung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung dürfen wir ehrlicherweise nicht leugnen, dieser Anteil ist so groß, daß wir der Sozialdemokratie stets zu Dank verpflichtet sein werden. (Hört, hört! bei den Soz.)“ Freilich sind Sie auf dem Holzwege, wenn Sie glauben, daß die Arbeiter für kleine sozialreformistische Abschlagszahlungen nun gleich bereit sein werden, zu kuscheln. Die Kluft zwischen Verelendung und Befreiung ist durch ein paar Zugeständnisse nicht zu überbrücken. Die Thronrede verkündet: die Entwicklungliche nicht still. Wahrheit ein großer Fortschritt, daß eine Thronrede endlich den Entwicklungsgedanken anerkennt (Weiterheit bei den Soz.), dem man die Schienen des Volkes und die höheren Lehrrichtlinien berichtigt.

### Wir stehen auf dem Boden der Evolution

und wissen, daß es in der Natur des Kapitalismus liegt, seine eigenen Totengräber zu erzeugen, daß der einzelne Arbeiter in diesem Kampfe ein willenloses Spielzeug und der freie Arbeitsvertrag ein Märchen ist. Der Einzelne muß sich berücken und politisch organisieren, um Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Der Staatssekretär freilich steht in dem Zusammenstoß der Massen eine Gefährdung der freien Entwicklung des Individuums. Wir sind die Letzten, die nicht das schöne göttliche Wort anerkennen: „Höchstes Glück der Erdenkinder, ist doch die Persönlichkeit“, aber wie kann man von einer freien Entwicklung des Individuums reden, angesichts der Tatsache, daß der einzelne Arbeiter ein Anhängel der Maschine geworden ist.

Und nicht allein die Arbeiter werden in dieser Weise vom Kapital verzwängt, immer größere Schichten des Volkes werden proletarisiert.

### Der Mittelstand wird zerrissen.

die Zahl der Abhängigen nimmt zu. Ebenso groß wie in der Industrie ist die Proletarisierung im Handel, und da will man den Mittelstand retten durch allerlei Maßnahmen, wie Kürzungen in seinem Tagebuch zugibt: Wenn die Handwerker Zwangsinnungen haben wollen, so soll man sie ihnen geben. (Hört! hört! bei den Soz.) Da war doch der jetzige Staatssekretär ehrlicher, als er sagte, daß er an die Mittelstandsfrage nur mit Herzklappen herangehe. Zu dem alten Mittelstand kommt nun noch der neue, die Privatangestellten, die sich seit 1882 um 300% vermehrt haben. Die meisten Angehörigen dieses Standes verdienen kaum das Existenzminimum; infolge des immer größer werdenden Angebots auf dem Arbeitsmarkt stehen die Löhne in gar keinem Verhältnis zu dem, was zur Existenz gebraucht wird. Durch die Akkumulation des Kapitals wird die Kluft zwischen den Besitzenden und Besitzlosen immer stärker. Auch die Statistik der Sparkassen beweist nur, daß es nicht die kleinen Leute sind, die die großen Summen sparen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ebenso kommt der scheinbare Zuwachs der Einkommen in den preussischen Steuerlisten von der größeren Not, denn da die Frau mitarbeiten muß, so wird ihr Einkommen zu dem des Mannes hinzugeschlagen, und es sieht so aus, als wäre das Einkommen der Männer gestiegen. (Sehr gut! bei den Soz.) In Wahrheit ist das Einkommen der Männer gefallen, gleich geblieben aber gering geblieben, aber bei den gestiegenen Lebensmittelpreisen reicht es nicht mehr aus zur Durchführung der Lebenshaltung, und deshalb müssen Frauen, Töchter und Söhne mitarbeiten.

### Es zerrißt der Kapitalismus die Familie,

nicht wir. Die Not treibt auch die Mehrzahl der bürgerlichen

Frauen auf den Arbeitsmarkt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dieselbe hohe Dame, die einst das Wort prägte, Kirche, Kinder, Küche, Kleider, füllten das Leben der Frau aus, hat jetzt die Ausstellung und den Kongress der Frauen in Berlin besucht und damit eingesehen müssen, daß der Kampf des Lebens über Küche, Kinder, Kirche und Kleider hinaus, die Frauen in das Erwerbsleben zwingt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Steuern und Zölle verschlechtern immer mehr die Ernährung des Volkes. Die Not ist nicht wegzuliegen, sie erlirkt sich sogar auf die Beamten, obwohl diese es doch besser haben als die Arbeiter.

Auch die Unterbeamten erklärten, sie möchten weniger gelbe Knöpfe, aber mehr Lohn bekommen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Selbst der sächsische Minister Rintum von Eckardt hat auf dem Priene-Kongress den Notstand anerkannt und die Wohnungsnot zugegeben. So leben in Berlin

### 600000 Menschen in Wohnungen,

wo auf 1 Zimmer 5 und mehr Köpfe kommen. Das ist eine Folge des Bodenwunders, der mit dem ganzen Wirtschaftssystem zusammenhängt: mit dem erbärmlichen Dreiklassenwahlsystem in den Gemeinden, mit dem Hausbesitzerprivileg und dann damit, daß der Boden auch als Ware behandelt wird, trotz aller technischen Bedenken. Die Wohnungsfrage ist nicht als Sonderfrage zu lösen, sondern nur im Zusammenhang mit der Gesamterhebung der arbeitenden Klassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Von einem Brechen der Sozialreform darf also nicht die Rede sein, vielmehr müssen wir nachholen, was in den ganzen Jahren veräumt ist. Statt dessen leben wir, daß man nicht vorwärts will, sondern gegen die Arbeiter wirtschaftlich und politisch vorgeht. Die Gewerkschaften will man vernichten, im sächsischen Landtag und unter Führung eines konservativen Abgeordneten Anträge eingebracht, die die sächsische Regierung als Grundlage für eine Zuchtanstalt vorläge im Bundesrat vertreten soll. Nun gibt es auch Schafmacher, die mit dem Fortschreiten des Viehweides anzukommen glauben. Diese Leute meinen eben, wie der lachhafte Müller von Sanssouci,

### es gibt noch Richter in Berlin.

Sie meinen, es wird in Sachsen und Preußen Richter geben, die Schreckensurteile fällen. Wo es sich um Leben und Gesundheit der Arbeiter handelt, werden nichts so vordringlich Strafen verhängt, aber wehe dem Arbeiter, der sich in den Mägen der heutigen Weiszehnbau veranzt; aber alle diese Verurteilungen werden an dem gedummen Sinn der Arbeiterklasse und an der geschichtlichen Notwendigkeit in sich zusammenfallen; was sie auch versuchen mögen, sie werden nur Granit heissen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz., Widerspruch rechts.) Auch Herr Nießner will die Sozialpolitik nicht so sehr beschleunigen und Herr Därlmann sprach von einer maßvollen besonnenen Sozialpolitik. Das Plaz aber muß die Arbeiterklasse bestimmen können, denn das Unternehmertum hat jeden Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bekämpft. Es hieß immer, wenn das durchgeführt wird, dann müssen wir die Fabriken schließen. Schon der englische Historiker Macaulay hat 1846 diese Gründe angeführt, die inzwischen doch durch die eingehenden Arbeiterschutzmaßnahmen widerlegt sein sollten. Allerdings ist die Verelendung der Massen nicht in dem Sinne fortgeschritten, wie sie fortgeschritten wäre, wenn die Sozialpolitik nicht gewesen wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

### Wir haben nun eine Reihe von Anträgen gestellt,

die dringendes und ohne weiteres Einführbares enthalten. Zunächst fordern wir die achtstündige Arbeitszeit für alle Betriebe. Wenn Menschenfleisch nicht so billig wäre, hätten wir schon längst eine weiter entwickelte Technik und mehr Arbeit sparende Maschinen mit der von uns geforderten verkürzten Arbeitszeit. Dann verlangen wir Ruhepausen bei der Arbeit, Ferien mit voller Fortzahlung des Lohnes, und zwar wollen wir gesetzliche Einführung von Ferien, ferner verlangen wir besseren Schutz gegen Unfälle. In der chemischen Industrie ist ein Schutz vor den Gewerkschaften dringend notwendig; gegen die Gewerkschaften ließe sich noch unendlich viel tun. Das Arbeitsamt in Basel hat ausgezeichnete Vorschläge hierfür ausgearbeitet, aber bei uns im Reich geschieht nichts, nicht einmal für die Frauen, und wo Schutzbestimmungen vorhanden sind, werden sie nicht durchgeführt. So kann das Thomas-Schlackenmehl nach einem neuen Verfahren mit weit weniger Gefahr für die Arbeiter hergestellt werden, aber weil das mächtige Syndikat, das die Thomas-Schlacken-Industrie beherrscht, sich beim Staatssekretär dagegen eingesetzt hat, ist von dem neuen Verfahren wieder Abstand genommen worden. (Widerpruch am Bundesratsmitglied.)

### Die Gewerbeaufsicht

ist außerordentlich mangelhaft, immer noch werden nur 55 vom Hundert der Betriebe revidiert und zwar hauptsächlich Großbetriebe, denn es sind solche, in denen 85 Prozent der Arbeiter beschäftigt sind, aber gerade die kleinen Betriebe sind am meisten schutzbedürftig. Arbeiter werden in Preußen zur Gewerbeaufsicht nicht herangezogen, in anderen Bundesstaaten geschieht das längst, selbst das reaktionäre Sachsen hat vor 14 Tagen beschlossen, drei Arbeiter verpflichtungsweise zur Gewerbeaufsicht zuzuziehen. Ebenso wandten sie sich früher gegen die Zuziehung von Frauen zur Gewerbeaufsicht; deren Zahl muß wesentlich vergrößert werden. Wiederholt haben wir auch verlangt, Mergel zuzuziehen. Auch hier wehrt sich Preußen, im Gegensatz zu Bayern, Baden und Württemberg. In Preußen fürchtet man Kompetenzkonflikte. (Lachen bei den Soz.)

Auch die Gerichte versagen. Den Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen ist eine Mundperre auferlegt, aber immer wieder finden sich Beamte, die ihre Pflicht tun. So liegt der Beamte in Ester, daß die Unternehmer in ganz benutzter Weise lieber die geringen Strafen zahlen, ehe sie sich den Gesetzen unterwerfen. (Hört, hört! bei den Soz.) Und Nießner hört man von anderen Orten. Wie soll da das an sich schon mangelhafte Gesetz durchgeführt werden! Hier kann nur die öffentliche Meinung helfen. Über solange die Gewerbeaufsicht Sache der Einzelstaaten ist und dort Geldschatzparlamente regieren, ist wenig zu hoffen und viel zu fürchten.

Wir betrachten als wichtige nationale Aufgabe den Schutz der großen Volksmasse, die schußlos dem Unternehmertum preisgegeben ist. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagte im Wahlkampf, wir brauchen einen Reichstag, der bereit ist, die Sozialpolitik mit Ruhe und Beharrlichkeit fortzuführen. Nun wohl, wir schlagen ruhige und besonnene Maßnahmen vor, die manchem vielleicht zu weit gehen, aber unsere Aufgabe ist es nicht, hinterher zu laufen, sondern Ihnen den Weg zu weisen zum Wohle der Arbeiterklasse und dem gesamten Volke. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

### Abg. Meyer-Kaufbeuren (Ztr.):

Ich will mich auf wirtschaftliche Fragen beschränken, sozialpolitische und Mittelstandsfragen werden andere Redner mgeriner Fraktion behandeln. Der deutsche Ausfuhrhandel ist außerordentlich gestiegen, und auch im Innern hat Deutschland einen beispiellosen Aufschwung gehabt. Der Anschluß Preußens an das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat ist eine gewaltige Erscheinung. Die Preise der Kohlen sind schon wieder gefallen und werden noch weiter steigen. Das wirkt wie eine Konsumsteuer die nur von der Regierung ohne das Parlament beschlossen ist. Schmachvoller wollte man sie machen durch Erhöhung der Löhne der betroffenen Arbeiter; die aber stehen nicht im Verhältnis zu der Steigerung. Wozu die Stellung des Reichstages gegen das Kohlenyndikat, wenn ihm Preußen beiträgt und solche Preissteigerungen ermöglicht? Diese Auswüchse zeigen, wie notwendig das von uns geforderte Kartellgesetz ist. (Lächeln im Ztr.)



Das von den Nationalliberalen gewünschte Petrolemmonopol würde sich gegen die Konjumenten richten.

Die Mißstände der Synkrate hängen aber nicht mit unserer Wirtschaftspolitik zusammen. Wir haben vielmehr das erfreuliche Bild der gesteigerten Einnahmen des Reiches, der Steigerung des Viehstandes und des gesteigerten Fleischkonsums. Unsere Landwirtschaft versteht die Bevölkerung schon mit Fleisch und wird sie auch in absehbarer Zeit auch völlig mit Getreide versehen. Die Arbeiterlöhne sind mehr gestiegen als der Mehrwert gefallen ist. Das könne ich den Arbeitern; aber die Ueberforderung des Vorredners schaden nur dem Arbeiter. (Zustimmung im Zentr., Widerspruch h. d. Soz.) Wir vertreten die Schutzpolitik im Interesse der Produzenten, Sie (nach links) wollen nur die Interessen des Konjumenten vertreten. Unsere Wirtschaftspolitik schafft Arbeit und Arbeitsgelegenheit und ist erst die Voraussetzung einer Sozialpolitik. (Lebh. Zust. im Zentr., Widerspruch links.) Als vornehmste Aufgabe dieses Reichstags betrachten wir die Vorbereitung der neuen Handelsverträge. Wir fordern dazu eine genaue amtliche Produktionsstatistik für Deutschland und das Ausland. Die Regierung muß danach streben, daß auch das Ausland die gleichen sozialen Lasten auf sich nimmt, wie wir, weil sonst die Fortführung unserer Sozialpolitik bedroht erscheint. (Lebh. Beifall im Zentr.)

**Abg. Pauli-Sagenow (Konf.)**  
 trägt Handwerkerwünsche vor. Mit der Ausbildung der Fortbildungs- und Fachschulen sind wir einverstanden, doch dürfen diese Schulen nicht mit solchen Dingen wie Bürgerkunde beschwert werden. (Lebh. Widerspruch links.) Belehrung über die Verfassung des deutschen Reiches ist ganz unnötig für das Fortkommen der Handwerker. (Widerspruch links und Zentr.; Religion auch.) Religion auch. Darin stimme ich mit Ihnen überein. (Zuruf bei den Soz.: Aber Ihre Freunde im Landtag! das ist deren Sache. Der Mittelstand wird auch durch die Genossenschaften geschädigt. (Zuruf bei den Soz.: Hund der Landwirte!) Das ist etwas anderes, diese Genossenschaften lassen die Produktion fördern. Die Konsumvereine wollen aber den Detailhandel an sich reißen.

In den sogenannten paritätischen Arbeitsnachweisen überwiegt der Einfluß der Gewerkschaften. Man sollte statt dessen kommunale Arbeitsnachweise errichten. In der Reichsversicherungsordnung sehen wir einen großen Fortschritt der Sozialpolitik. Eine Ueberforderung der Lasten der Sozialpolitik würde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie schädigen. Unsere Wirtschaftspolitik hat uns eine günstige wirtschaftliche Entwicklung verschafft. Nun muß vor allem der Mittelstand geschützt werden, der Worte sind gerne oerwehelt, wir wollen endlich Taten sehen. (Heiterkeit links, Bravo! rechts.)

**Abg. von Morawski (Vole)** (auf der Tribüne fast unverständlich) besfürwortet eine Reihe von Anträgen seiner Freunde zur Mittelstandspolitik.

**Abg. Graf v. Pofadowski (libd):**  
 Die Regierung ist im Wahlkampf viel angegriffen worden. Das Publikum kennt die Regierung nur aus der Presse, deshalb haben die Beamten die Pflicht, das Publikum aufzuklären. Freilich sollen die Beamten immer nach ihrem Geiste und nicht nach dem Buchstaben ausgelegt werden, was beim Reichsvereinsgesetz keineswegs immer geschehen ist. (Lebh. Zustimmung links.) Auch darf die Weidwörterung nicht so oft mit Steuerforderungen beunruhigt werden: der Reichstag wird deshalb die größte Sparfamkeit walten lassen müssen. Man warf mit Unkenntnis der sozialdemokratischen Literatur vor. Ich halte mich an das Erfurter Programm, in welchem mit klaren Worten gesagt ist, das Privatigentum muß abgeschafft werden. (Lebh. Widerspruch bei den Soz. Abg. Duack reicht dem Redner ein Exemplar des Erfurter Programms hin.) Wenn die Sozialdemokratie sich auf den Boden der modernen Entwicklung mit der Maschine als Grundlage der Industrie stellt, muß sie auch deren Folgen hinnehmen. Die Arbeit des Arbeiters ist einfacher und mechanischer geworden, seine geistige Bildung aber größer, und deshalb beschäftigt er sich mit seinen Lohnverhältnissen, mit seiner Stellung in der Gesellschaft und mit öffentlichen Angelegenheiten. Die Sozialdemokratie sollte das Denken des Arbeiters in eine Richtung führen, die überhaupt mit einem bestehenden Staat zu vereinigen ist.

Die Frage des Mittelstandes ist auch eine Frage des Bauernandes; ihn zu erhalten und zu vermehren, ist eine der wichtigsten politischen Fragen (Sehr richtig! rechts.) Ich halte es für das schwerste Unrecht, daß fortgesetzt der Grundbesitz, um seine Latifundien zu vermehren, Bauerne aufkauft. (Lebh. Sehr richtig! links.) Das ist eine politische Verleumdung und wer das tut, soll nicht öffentlich behaupten, er sei ein Freund des Mittelstandes (Starker Beifall links).

In letzter Zeit ist das allgemeine Wahlrecht vielfach unter Begünstigung auf den frühesten Bismarck angegriffen worden. Wir ist keine amtliche Handlung des frühesten Bismarck bekannt geworden, die auch nur eine Vorbereitung dazu darstellte, das allgemeine Wahlrecht zu beschränken. Sein Fehler liegt darin, daß gleichmäßig auf 100.000 Seelen ein Abgeordneter gewählt werden soll.

Daß in Elsaß-Lothringen der allerhöchste Gnadenpensionsfonds existieren ist, halte ich für einen politischen Fehler. In Elsaß-Lothringen glaubt man sich auf eine Partei stützen zu können, deren Belämpfung im Reich man für eine staatsbürgerliche Pflicht hält. Das halte ich für einen großen politischen Irrtum.

Dem jetzt stärker ertöndenden Ruf nach politischer Freiheit kann nur dann Folge gegeben werden, wenn auch das Volk sich politisch reif zeigt und ein richtiges Urteil über die Staatsmöglichkeiten gewinnt. (Vereingeltes Bravo.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

**Preussisches Abgeordnetenhaus.**  
 23. Sitzung. Mittwoch, den 22. Februar, vormittags 11 Uhr.  
 Am Ministerisch: Eybow.  
**Der Etat für Handel und Gewerbe.**  
 Abg. Felsch (Konf.) wendet sich dagegen, daß die aus der Praxis hervorgegangenen Lehrer an den Baugewerkschulen durch akademische Lehrer ersetzt werden sollen.  
 Ein Regierungskommissar führt dagegen an, daß auch von den akademisch gebildeten Lehrern ein genügendes Maß praktischer Tätigkeit verlangt werde.  
 Abg. Giesse (Zentr.): An den unbürokratischen Meistertajern ist die Ueberforderung des Baugewerbes infolge der Gewerbesteuer schuld. In den Schulen sollte der Kunstsin mehr gepflegt werden.

**Abg. Dr. h. v. Wogna (Konf.)** fährt gegenüber dem Abgeordneten Felsch aus, daß die ländlichen Absolventen der Baugewerkschulen durchaus tüchtig seien.

**Abg. Rünckel (Konf.):** Ueber den Zwang, ob Lehrlinge über 18 Jahre zur Schule zu schicken sind, bestehen widersprechende Bestimmungen. Die bringen einer gesetzlichen Regelung bedürfen. Die Meisterlehre geht leider zurück, denn das liegt in der Zeit. Wenn der Unterricht nicht auf den Abend verlegt wird, so liegt das an der Verhehlung, der Widerpenitheit und Trägheit der jungen Leute und dem Widerstande der Meister.

**Abg. Dr. Schupp (Vp.):** Als alter Fortbildungsschullehrer stelle ich fest, daß nicht Verhehlung, sondern Ueberbildung der Lehrlinge den Abendunterricht verbietet. (Hört, hört! und Sehr wahr! links.) Es zeugt für die Mittelstandsfreundlichkeit des Zentrums, daß es das Fortbildungsschulgesetz an der Forderung des Religionsunterrichtes hat scheitern lassen. (Sehr wahr! links.)

**Handelsminister Dr. Eybow:** Auch ich bin der Ansicht, daß ein Unterricht am späten Abend sich aus hygienischen Gründen verbiete. Im übrigen kommen wir den Wünschen des Bauhandwerks möglichst entgegen. Ein gutes Fortbildungsschulwesen ist die beste Mittelstandspolitik. (Lebh. Bravo! links.)

**Abg. Dr. Singmann (natl.)** spricht sich ebenfalls gegen den Abendunterricht aus.  
**Abg. Glattfelder (Zentr.):** In der Frage des Religionsunterrichtes in den Fortbildungsschulen stehen wir noch ganz auf dem gleichen Standpunkt. Ohne Religion gibt es keine wirksame Erziehung zum sittlichen Staatsbürger. (Bravo! rechts.)

**Abg. Hammer (Konf.):** Es ist unerhört, daß der mit konservativer Hilfe gewählte Abg. Schupp uns konservative angreift. Das ist kein mit liberaler Hilfe erwählter konservativer Abgeordneter gegenüber den Liberalen. (Heiterkeit links, Rufe: Kompensation!) Das Fortbildungsschulgesetz fiel nicht am Widerstande der Konservativen, sondern weil die Mehrheit den Kultusminister hinzuziehen wollte, wogegen sich der Handelsminister wehrte.

**Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):** Der Minister übersteht, daß die Fortbildungsschule auch den Arbeiterinteressen zu dienen verhalten ist. Wir erkennen den guten Kern der Fortbildungsschule an. Nur ein preussischer Konservativer kann so rückständig in der Frage des Abendunterrichtes für Lehrlinge sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn man so etwas Ihren Kindern zumuten würde, was würden Sie da für Augen machen! Die Kinder sind abends auf den Straßen vielen Versuchungen ausgesetzt, das sollten Sie doch erkennen! In dem Niedergang des Handwerks ist die kapitalistische Entwicklung schuld, und da sollen nun die Lehrlinge die Kosten tragen. Alle sozialpolitischen Rücksichten seist es beiseite und fordert noch schlimmere Ausbeutung als die Großkapitalisten. Die Schulzeit muß in der Arbeitszeit liegen, daher begrüßen wir die Antwort des Ministers. — Sie wollen die Fortbildungsschule nur Ihren Interessen dienstbar machen und dazu soll die Religion herhalten. Ich habe ja letzthin dargelegt, wie Religion und Kriminalität in Beziehung stehen. Die katholische Bevölkerung hat die höchste Verbrechenszahl. (Hört, hört! bei den Soz.) Sehen Sie sich doch die Taten der Mönche von Czernchau an! (Sehr gut! bei den Soz.) Vizepräsident Porich ruft den Redner zur Sache. Wir werden uns mit allen Kräften dagegen wehren, daß der Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen eingeführt wird. Uebrigens hat unsere Arbeiterjugend genug gesunde Sinn, um keinen Schaden von solchen Einrichtungen zu erleiden. (Zustimmung h. d. Soz.) Die Fortbildungsschule wird heute schon politisch mißbraucht zur Bekämpfung des Proletariats. Die Leitungen suchen die Schüler unter Strafandrohung von der freien Jugendbewegung fernzuhalten. In den Fortbildungsschulen wird die Anstalts-Korrespondenz als Unterrichtsbehelf verteilt, das ist ein haldalder Mißbrauch der Schulen. Dieses Blatt ist ein Heftblatt niedrigerer Sorte gegen die Sozialdemokratie. Inwiefern ist die Staatsregierung an diesen Verträgen beteiligt? Gottesdank werden diese Nachrichten nicht nützen. Dafür sollte schon die heutige Wirtschaftsordnung. Solche Mißstände müssen mit eiserner Befestigung ausgeführt werden. (Bravo! h. d. Soz.)

**Handelsminister Eybow** gibt an, daß die Verbindung der Anstalts-Korrespondenz mit seinem Wissen und Willen geschehe. (Lebh. Bravo! bei der Mehrheit.)

**Abg. Dr. Schupp (Vot.):** Wenn alle Abgeordneten, die mit Unterstützung anderer Parteien gewählt sind, gegen diese nicht inreden dürften, so würde mancher Abgeordnete hier schweigen müssen. Die Rechte wollte dem Kultusminister die Fortbildungsschule überantworten.

**Abg. Dr. Glattfelder (Zentr.)** klagt das Schwenden der religiösen Bekämpfung. Man kann nur soziale Schwächen, nicht Konfessionen auf ihre Kriminalität verweisen. (Z. d. Soz.) Der sozialdemokratische Zukunftsstaat würde wenn er je käme, aus Mangel an Religion und Sitte zusammenbrechen. (Abgeordneter Hoffmann Soz.: Gebrechen Sie sich nicht den Kopf!)

**Abg. Hammer (Konf.)** polemisiert nochmals gegen den Abg. Schupp, den er immer Schupp auspricht. (Die Linke ruft ihm Schupp zu.) Können Sie ihn doch heißen, wie er will. (Stürmische Heiterkeit.) Der rote Hock funktioniert ja hier schon ganz gut. (Heiterkeit.)

**Abg. Gronowski (Zentrum)** weist die Behauptung des Abg. Liebknecht zurück, daß die katholische Bevölkerung die meisten Verbrecher aufweise. Die Jugend wird durch die Sozialdemokratie geradezu schamlos verhehrt. Der Redner zielt zum Beweise dafür ein Gedichtbuch, das der Bildungsausschuß für Rheinland-Westfalen als Weihnachtsgabe empfiehlt. (Von der rechten Seite ertönen laute Huzuren.) Solche Subelschriften sind ein Ansehensschaden am deutschen Volk. (Großer Beifall rechts und im Zentrum.)

**Abg. Birck (Soz.):** Die Behauptungen des Herrn Gronowski sind objektiv unwahr. Das von Abg. Gronowski zitierte Buch war hauptsächlich für Erwachsene bestimmt und in satirischem Tone gehalten. Herr Gronowski hat einen Satz aus dem Zusammenhang herausgerissen. (Rufe rechts: Lesen Sie doch das ganze Gedicht vor!) — Vizepräs. Dr. Krause: Ueberlassen Sie das doch dem Redner. Das Zentrum läßt sich im Beschimpfen der Gegner von keiner anderen Partei übertreffen. Die Rede des Herrn Gronowski läßt auf ein bestimmtes Gehirn schließen, wenn er es fertig bringt, diesen Ton anzuschlagen. (Sehr gut! links.) Der Handelsminister hat offenbar keine Zeit, die „Anstalts-Korrespondenz“ eingehend zu lesen, sonst würde er sie nicht verbreiten lassen. Dieses Blatt behauptete u. a. lezhin, daß die Führer die Partei- und Gemeindefortschritte in ihre eigene Tasche stecken. (Hört, hört! h. d. Soz.) Das ist eine gemeine öffentliche Verleumdung. Ist doch von bürgerlicher Seite oft anerkannt worden, daß bei uns die Arbeit für Partei und Gewerkschaft völlig selbstlos, ja sogar unter Entbehrungen verrichtet werde. Nach Herrn Rabardt begibt ja gerade die Partei ihre Angestellten am schlechtesten. Also einmal so, einmal

so. (Sehr gut! h. d. Soz.) Herr Glattfelder verlangt, daß man die sozialen Zustände zur Beurteilung der Verbrechensziffer heranziehe. Dasselbe sagt auch Liebknecht! Von der Einführung der Religion in der Fortbildungsschule wollen wir nichts wissen, hatten sie sogar in der Volksschule für verfehlt. (Bravo! h. d. Soz.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.  
**Abg. Dr. Liebknecht (Soz.),** von Vizepräsidenten Dr. Krause verhindert, eine persönliche Bemerkung zu Ende zu sprechen, protestiert zur Geschäftsordnung dagegen, daß ihm durch den Schluß unmöglich geworden sei, nach Orientierung über den Inhalt des fraglichen Gedichtbuches die groben Unwahrhaftigkeiten des Abg. Gronowski aufzuzeigen.

**Abg. Gronowski (Ztr.):** Ueber Wahrhaftigkeit, Höflichkeit oder Abseitigkeit streite ich nicht mit den Sozialdemokraten. (Beifall h. d. Mehrheit.)

Bei den Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen erwidert

**Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)** auf die Angriffe des Abgeordneten Gronowski. Er wirt vom Präsidenten mehrfach mit dem Hinweis darauf unterbrochen, daß es sich um Westpreußen und Posen handele, weshalb er seine Rede ganz auf Westpreußen und Posen bezieht. Es ist traurig, daß der Minister sein höheres Ideal hat, als die „Anstalts-Korrespondenz“ für Westpreußen und Posen. (Heiterkeit.) Es handelt sich bei dem Titel des Abg. Gronowski keineswegs um eine Jugendschrift, sondern um ein satirisches Werk, „Abrechnung“ für Erwachsene, worin auch die Sozialdemokratie selbst verurteilt werden sollte (Gedächtnis kommen auch nach Posen und Westpreußen, wir haben überall die gleiche Sozialdemokratie und das gleiche Zentrum auch in Posen und Westpreußen. (Heiterkeit.) Sie fordern die Religion für die Fortbildungsschulen in Posen und Westpreußen. Der Herrpost soll besonders geeignet sein, durch sein Gebot die Jugend zu verführen. (Stürmische Huzuren bei der Mehrheit.) Der Präsident ruft den Redner wegen Verletzung der religiösen Gefühle zur Ordnung. Laut „Kreuzzeitung“ hat ein preussischer Regierungsrat zu Gott gebetet: Herr, gib uns wieder Krieg, und im Namen desselben Gottes gib uns Trivolis von Italien überfallen. Fort mit dem Mißbrauch des Gottesdiensts! — Die Verhehlung der Jugend ist eine Folge ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie sollten ruhig sein, denn Sie profitieren aus dem Alkoholismus und der Lebensmittelverteuerung. (Lärm rechts und im Zentrum.) Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. Die Verbreitung des Schandblattes „Anstalts-Korrespondenz“ ist ein unerhörter Mißbrauch der Fortbildungsschulen, wofür nunmehr der Minister und die Staatsregierung die Verantwortung tragen. (Beifall h. d. Soz., Lachen und Rufen bei der Mehrheit. Der Handelsminister verbeugt sich ironisch.)

Bei den Veranstaltungen der Handwerkskammern wendet sich

**Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)** gegen den Terrorismus gewisser Jannanen. So sind in Frankfurt diejenigen Vätermeister, die die Lohnforderungen ihrer Angestellten bewilligten, mit hohen Jannansstrafen bestraft worden. Der Minister hat die Beschwerde der Beurteilten zurückgewiesen. Die arbeitsrechtlichen Gerichte haben entschieden, daß die Jannan die Gewerkever nun verlehrt habe. Dem muß sich die Regierung anpassen. (Beifall h. d. Soz.)

Ein Regierungskommissar: Das Frankfurter Urteil ist uns nicht bekannt.

**Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):** In einem pommerischen Amtsblatt war lezhin ausgedrückt, keine sozialdemokratischen Arbeiter zu beschäftigen. Wer ist also Terrorist?

Handelsminister Dr. Eybow erklärt bei den Rechtsauskunftstellen, daß die Leiter das Vertrauen aller Kreise, nicht nur der Arbeiter, haben müssen.  
 Donnerstag 11 Uhr: Handelskettat: direkte Steuern.  
 Schluß 5 1/4 Uhr.

**Heutekenn: en der Wählischen Markt-Notierungskommission.**  
 Berlin, den 22. Februar.

Ware	alte		mittlere		geringe		Bette
	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.	
Weizen, weißer neu	20 20	19 50	19 20	18 50	18 20	17 50	17 20
Weizen, gelber neu	20 10	19 20	19 10	18 20	18 10	17 40	17 10
Blagen	17 10	17 00	17 00	16 50	16 40	16 30	16 20
Wegmalz	20 00	19 50	19 40	19 30	19 20	19 10	19 00
Gerste	18 50	18 20	18 10	18 00	17 50	17 40	17 30
Hafer	19 50	19 20	19 10	19 00	18 50	18 40	18 30
Wegmalz-Gerben	20 50	20 00	20 00	19 50	19 40	19 30	19 20
Erbsen	21 50	21 00	21 00	20 50	20 40	20 30	20 20
Bohnen	25 00	24 50	24 40	24 30	24 20	24 10	24 00
Senf	25 00	24 50	24 40	24 30	24 20	24 10	24 00
Senf	25 00	24 50	24 40	24 30	24 20	24 10	24 00

Senf per 100 Pfd. 5 00—5 50 Pfd.  
 Senf per 100 Pfd. 5 20—5 50 Pfd.  
 Senf per 100 Pfd. 4 00—4 25 Pfd.

**Weslaue Viehwirtschaft.** Weib februarier er 100 Pfd. Luft. Bad brüllt  
 Berlin am 21. februar, 23.00—23.50 Pfd. Weib gemischt u. februarier 24.00  
 Weib 24.00 Pfd. Weib er. Weib februarier 23.50—24.00 Pfd. Weib er.  
 Buttermehl februarier 11.00—11.50 Pfd. Weib februarier 13.75—14.25 Pfd.

**Aus der Geschäftswelt.**

**Jasmatzi ist das allerbest!**  
 Schon stets u. überall gewest.  
 Drum tun wir öffentlich hier kund  
 Den Rauchern auf der Erde rund:  
 Solch Kräutlein Ihr gar selten findt,  
 Es labet Mann und Weib u. Kind.  
 Geschmack u. Duft u. billgen Preis  
 Wohl jederman zu rühmen weiß!

Anno domini 1912 • Das Rauch-Kollegium

**JASMATZI-CIGARETTEN**  
 sind die populärsten u. werden  
 fast sämtlich am meisten geraucht.  
**Besonders beliebte Marken:**  
 Unsere marine 2 Pfg.  
 Jasmatzi-Dübel 2 Pfg.  
 Elmas 3—5 Pfg.  
 Reine preiswürdige Qualitätsware.

**5 MAGGI'S Bouillon-Würfel 20 Pfg.**

Nur mit kochendem Wasser übergossen, geben sie augenblicklich delikate Fleischbrühe zu Suppen, Gemüsen, Saucen und Trinksouillon. 1487

Man verlange stets ausdrücklich **MAGGI'S** Bouillon-Würfel und weise andere Marken zurück!

„MAGGI'S gute, sparsame Küche.“